

# Rheinland-Pfalz



Statistisches Landesamt

## Statistische Monatshefte

1992

Januar

Februar

**März**

April

Mai

Juni

Juli

August

September

Oktober

November

Dezember

## Inhalt

<b>Neues Konzept für die informations- und kommunikationstechnische Aus- und Fortbildung</b>	41	In dem Beitrag werden Konzepte, die das Ministerium des Innern und für Sport im Rahmen der informations- und kommunikationstechnischen Ausbildung entwickelt hat, dargelegt.
<b>Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte und ihr Entgelt</b>	44	Die methodischen Grundlagen und die ersten Ergebnisse des Jahreszeitraummaterials der Beschäftigtenstatistik werden dargestellt.
<b>Verdienste in der Industrie und im Dienstleistungsbereich</b>	50	Der Beitrag informiert über die Entwicklung der Bruttoverdienste von Arbeitern und Angestellten. Zudem werden die Verdienste in den wichtigsten Wirtschaftsbereichen gegenübergestellt.
<b>Ehescheidungen 1950 bis 1991</b>	53	Neben der Entwicklung der Zahl der Ehescheidungen werden Strukturdaten über Alter der Geschiedenen, Ehedauer und Zahl der betroffenen minderjährigen Kinder erläutert.
<b>Das Landesinformationssystem</b>	58	Das Landesinformationssystem bietet über 100 000 Merkmale in der Gemeindedatei. An den 77 extern angeschlossenen Terminals wurden im Jahre 1991 rund 30 Mill. Datenbankzugriffe registriert.
<b>Anhang</b>	17 *	Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz
	23 *	Ausgewählte Bevölkerungs- und Wirtschaftszahlen des Bundesgebietes

## **Vorankündigung einer Veröffentlichung**

Im Statistischen Landesamt ist eine Veröffentlichung über die Bevölkerung, die politischen, kulturellen und sozialen Verhältnisse, die Wirtschaft und die öffentlichen Finanzen in Vorbereitung.

In dem neu erscheinenden Band

<p><b>Rheinland-Pfalz seine kreisfreien Städte und Landkreise</b></p>
---

wird für alle Verwaltungsbezirke des Landes eine jeweils in sich geschlossene Darstellung aus der Sicht der Statistik gegeben. Grundlage bildet das Zählungswerk des Jahres 1987, mit dem erstmals nach 17 Jahren wieder fachlich tief gegliederte regionalstatistische Daten verfügbar sind. Ergänzt werden diese Strukturdaten durch Angaben aus zahlreichen laufenden Erhebungen. Die übergreifenden historischen und geographischen Zusammenhänge machen landeskundliche Angaben zu den Verwaltungsbezirken deutlich.

Das Werk wird mit einem instruktiven Tabellenteil etwa 670 Seiten umfassen und soll im Mai der Öffentlichkeit vorgestellt werden.





### **Das Landesinformationssystem**

#### **– Entwicklungen im Jahre 1991 –**

Das Jahr 1991 brachte für das Landesinformationssystem (LIS) positive Zunahmen in allen Bereichen.

Der Datenbestand überschritt die Marke von 100 000 Merkmalen, für die Datenvermittlung erfolgten bisher noch nie erreichte 45 Mill. Datenbankzugriffe; die Zahl der angeschlossenen Terminals außerhalb und innerhalb des Statistischen Landesamtes erhöhte sich auf 77.

Erstmals liegen Daten über die Inanspruchnahme des LIS durch externe Terminals für ein komplettes Jahr vor. Sie zeigen eine starke Verlagerung der Abruf-tätigkeit in die Fachabteilungen des Statistischen Landesamtes.

Pendlerstromdaten sind weiterhin stark gefragt. Jeder vierte Zugriff galt den Pendlern. Von den Abrufprogrammen wurde die Standardtabelle favorisiert. Im Durchschnitt wurde jede der 600 Tabellen 45mal abgerufen. dt

Mehr über dieses Thema auf Seite 58

### **Erweiterung der Beschäftigtenstatistik um Jahreszeitraum-Daten**

Beginnend mit den Ergebnissen des Jahres 1988 gibt das Statistische Landesamt im Rahmen der Beschäftigtenstatistik eine neue Veröffentlichungsreihe heraus. Der Beitrag beschäftigt sich hauptsächlich mit den methodischen Grundlagen der Auswertungen des Jahreszeitraum-Materials der sozialversicherungspflichtig beschäftigten Arbeitnehmer. Die Kriterien der Abgrenzung von Beschäftigungsfällen gegen beschäftigte Personen und die Erläuterungen zu den Begriffen Beschäftigungsdauer und Bruttojahresentgelt werden dargestellt. Auf die Auswertungsmöglichkeiten und die damit zusammenhängenden Probleme wird eingegangen. Schließlich sind auch erste Ergebnisse aus dieser neuen Veröffentlichungsreihe aufgenommen. ko

Mehr über dieses Thema auf Seite 44

### **Ehescheidungen 1950 bis 1991**

Im Jahre 1991 wurden in Rheinland-Pfalz 8 132 Ehen durch rechtskräftiges Urteil geschieden. Dies ist die seit Kriegsende mit Abstand höchste Zahl. Gegenüber dem Vorjahr errechnet sich ein Anstieg um 11 %. Zuletzt hatte es im Jahre 1982 eine zweistellige Zuwachsrate gegeben; damals wurden annähernd 13 % mehr Scheidungen registriert als im Jahr zuvor. Im Jahre 1950 waren 3 319 Ehescheidungen zu verzeichnen gewesen. Ihre

Zahl erreichte 1954 mit gut 2 100 Fällen ihren bisher niedrigsten Stand nach dem Kriege, um – mit wenigen Unterbrechungen – in den folgenden Jahren anzusteigen. Bisheriger Höhepunkt war mit 7 516 Scheidungen das Jahr 1987. Danach ergab sich ein Rückgang auf 7 329 Fälle im Jahre 1990. sch

Mehr über dieses Thema auf Seite 53

### **Erwachsenenbildung in Rheinland-Pfalz 1990**

Die sechs staatlich anerkannten Landesorganisationen in Rheinland-Pfalz richteten im Jahre 1990 knapp 64 000 Veranstaltungen aus, die von rund 1 492 000 Teilnehmern besucht wurden. Die Zahl der Veranstaltungen ging gegenüber dem Vorjahr um 1,8 %, die Zahl der Teilnehmer um 5,3 % zurück. Jedoch wurde mit gut 1 082 700 Weiterbildungsstunden (+ 1,4 %) so viel Unterricht wie nie zuvor erteilt.

Von den angebotenen Veranstaltungen entfiel die größte Zahl auf Sprachkurse mit knapp 292 000 Weiterbildungsstunden (+ 2,8 %), gefolgt vom Bereich Gesundheit, Haushaltsführung mit 216 500 Stunden (– 0,6 %) sowie kreatives Gestalten, Freizeitbildung mit 187 800 Stunden (+ 2 %).

Die Zahl der Teilnehmer ging binnen Jahresfrist bei den längerfristigen Veranstaltungen um 4,6 %, bei den Einzelveranstaltungen um 7,8 % zurück. Die Gesamteinnahmen betrugen 71,3 Mill. DM. Hiervon stellten Teilnehmergebühren mit 30,1 Mill. DM (42 %) den größten Einzelposten. we

### **257 Studienkollegiaten in Rheinland-Pfalz**

An den beiden Studienkollegs in Rheinland-Pfalz waren Anfang des Jahres 1992 insgesamt 257 Studienkollegiaten eingeschrieben. Das sind 6 Personen mehr als vor Jahresfrist. 183 Teilnehmer bereiteten sich am Staatlichen Studienkolleg in Mainz und 74 am Staatlichen Studienkolleg in Kaiserslautern auf ein Hochschulstudium im Bundesgebiet vor.

Allein 45 % (115) dieser ausländischen Studienbewerber kommen aus Afrika, 37 % (94) aus dem asiatischen Raum, 9 % (22) aus dem europäischen Ausland und 8 % (21) aus Amerika; 2 % (5) sind staatenlos. Über zwei Drittel aller Studienkollegiaten stammen aus sechs Herkunftsländern. Wie im Vorjahr kommen die meisten (79) aus Marokko. Es folgen Indonesien mit 40 und der Iran mit 19 Studienbewerbern.

Der Frauenanteil liegt bei 26 % und damit gut 5 % höher als im Vorjahr. Fast die Hälfte stammt aus Asien. we



### Wochenarbeitszeit in der Industrie rückläufig

Die durchschnittliche bezahlte Wochenarbeitszeit vollbeschäftigter Industriearbeiter (einschließlich Hoch- und Tiefbau) betrug in Rheinland-Pfalz im Oktober 1991 39,4 Stunden gegenüber 40,1 Stunden ein Jahr zuvor. Zwischenzeitlich wirksam gewordene Arbeitszeitverkürzungen und die Verminderung der durchschnittlichen Überstunden pro Woche von 2,0 auf 1,6 sind der Grund für diese Entwicklung. Männliche Arbeiter kamen auf 1,8, ihre Kolleginnen auf 0,4 Überstunden pro Woche.

Durchschnittliche Wochenarbeitszeit der rheinland-pfälzischen Industriearbeiter (einschließlich Hoch- und Tiefbau) im Oktober 1990 und 1991

Geschlecht Leistungsgruppe	Insgesamt			darunter Überstunden		Ver- ände- rung
	Oktober		Ver- ände- rung in %	Oktober		
	1990	1991		1990	1991	
	Stunden			Stunden		
Arbeiter	40,4	39,7	- 1,7	2,2	1,8	- 0,4
Facharbeiter	40,6	39,9	- 1,7	2,4	2,0	- 0,4
angelernte Arbeiter	40,1	39,5	- 1,5	1,9	1,6	- 0,3
ungelernte Arbeiter	40,2	39,2	- 2,5	2,0	1,5	- 0,5
Arbeiterinnen	38,5	37,7	- 2,1	0,6	0,4	- 0,2
Facharbeiterinnen	38,6	38,0	- 1,6	0,5	0,3	- 0,2
angelernte Arbeiterinnen	38,7	38,0	- 1,8	0,5	0,3	- 0,2
ungelernte Arbeiterinnen	38,4	37,5	- 2,3	0,6	0,4	- 0,2
Insgesamt	40,1	39,4	- 1,7	2,0	1,6	- 0,4

In den einzelnen Wirtschaftsbereichen variierten die Arbeitszeiten deutlich. In der Investitionsgüterindustrie, in der über ein Drittel aller Industriearbeiter beschäftigt sind, war im Oktober 1991 die bezahlte Wochenarbeitszeit mit 38,4 Stunden am kürzesten, in der Nahrungs- und Genußmittelindustrie wurde dagegen mit 41,8 Wochenstunden am längsten gearbeitet. wr

### Preisindex für die Lebenshaltung im Bundesgebiet im Februar 1992

Die endgültigen Werte des Preisindex für die Lebenshaltung im Bundesgebiet im Februar 1992 lagen wegen der Umstellung auf den geänderten Erhebungskatalog zum Zeitpunkt des Redaktionsschlusses noch nicht vor. br

### Bruttostundenverdienste in der Elektrizitätswirtschaft am höchsten

Die höchsten Bruttostundenlöhne wurden 1991 in der Elektrizitätswirtschaft erzielt. Einem dort beschäftigten männlichen Arbeiter wurde die Arbeitsstunde im Durchschnitt mit 24,55 DM vergütet. Auch die Frauen standen gegenüber ihren Kolleginnen aus den anderen Wirtschaftsbereichen mit einem Stundenverdienst von 18,86 DM an der Spitze der Lohnskala. Deutlich niedrigere Bruttostundenverdienste verzeichneten die Arbeiter der Verbrauchsgüterindustrie sowie der Nahrungs- und Genußmittelindustrie. me

Mehr über dieses Thema auf Seite 50

### Mehr Rinder geschlachtet

Das Fleischaufkommen aus gewerblichen Schlachtungen in- und ausländischer Herkunft sowie aus Hauschlachtungen belief sich 1991 in Rheinland-Pfalz auf rund 184 500 t. Dies bedeutet gegenüber dem Vorjahr eine Zunahme um 4,2 %. Sie ist auf einen deutlich höheren Rindfleischanfall (+ 20 %) zurückzuführen. Es wurden sowohl mehr Bullen als auch, im Zuge des weiteren Abbaus der Milchkuhbestände, mehr Kühe und Färsen geschlachtet. Bei letzteren wurde 1991 der höchste Stand seit 20 Jahren erreicht. Die Zahl der Schweine Schlachtungen hingegen lag niedriger als in jedem der letzten 10 Jahre. Gegenüber dem Vorjahr ging das Schweinefleischaufkommen um 3,3 % zurück.

Von der gesamten Schlachtmenge entfielen 62 % auf Schweinefleisch, 37 % auf Rindfleisch und gut 1 % auf Fleisch von Kälbern, Schafen, Ziegen sowie Pferden. Der Anteil an Hausschlachtungen lag bei Schafen mit 25 % am höchsten, bei Rindern wurde ein Anteil von 6,2 % erreicht und bei Schweinen von 5,2 %. hü

### Weniger Eier erzeugt

Rund 230 Mill. Eier wurden 1991 in den größeren Hennenhaltungen von Rheinland-Pfalz erzeugt, 2,5 % weniger als im Vorjahr. Auf die rund 80 Betriebe mit 3 000 und mehr Haltungsplätzen entfielen schätzungsweise zwei Drittel aller im Land gelegten Eier.

Anfang Dezember 1991 gab es in den genannten Produktionsstätten Platz für 1,2 Mill. Legehennen, wobei die Bodenhaltung die Ausnahme bildete. Gut drei Viertel der Stallkapazität entfiel auf 32 Betriebe mit mehr als 10 000 Haltungsplätzen. Mit rund 876 000 Hennen waren die Ställe zu 73 % ausgelastet. Lediglich zu Beginn des Jahres lag der Auslastungsgrad etwas höher. In den Sommermonaten hatte er einen saisonbedingten Tiefpunkt. hü



*Der folgende Beitrag stammt aus der Feder des Referenten für die Grundsatzfragen der Fort- und Weiterbildung in der Informationstechnik. Die Ausführungen orientieren sich an einer Veröffentlichung in den Statistischen Monatsheften von Juni 1989 und berücksichtigen die zwischenzeitlich durch die Weiterentwicklung der Technik eingetretenen Veränderungen. Der Schwerpunkt der weiterführenden informationstechnischen Fortbildungsseminare, die unter der Leitung des Ministeriums des Innern und für Sport veranstaltet werden, liegt beim Statistischen Landesamt in Bad Ems. Hier ist eine moderne Schulungseinrichtung (Computerlabor) entstanden, ausgestattet mit einem Client-Server-System, das eines der wesentlichsten Voraussetzungen für eine moderne praktische Schulung an den Geräten für die Bediensteten der Landesverwaltung darstellt.*

Dr. Karl Heinz Weis

## Neues Konzept für die informations- und kommunikationstechnische Aus- und Fortbildung

### Informationstechnik als allgemeine Berufsqualifikation

Kenntnisse und Fähigkeiten im Umgang mit Informations- und Kommunikationstechniken (IT) gehören heute zur unverzichtbaren und übergreifenden Berufsqualifikation im öffentlichen Dienst. Dies gilt insbesondere für Führungskräfte in der Verwaltung, denen die Entscheidung über den Einsatz, die Steuerung und Koordinierung sowie die Kontrolle der informationstechnischen Systeme übertragen ist.

Die öffentliche Verwaltung ist daher aufgefordert, zum einen die Ausbildungsgänge ihrer Nachwuchskräfte auf die durch den Technikeinsatz veränderten Aufgaben- und Ablaufstrukturen auszurichten und zum anderen die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die von ihrer Ausbildung und ihrer bisherigen Berufspraxis her noch nicht über die erforderliche Qualifikation verfügen, durch gezielte dienstliche Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen mit dem Grundwissen und den informationstechnischen Grundlagen vertraut zu machen.

Für die Aufgaben der allgemeinen informations- und kommunikationstechnischen Aus- und Fortbildung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Landesverwaltung ist grundsätzlich das Ministerium des Innern und für Sport (ISM) zuständig. Ihm obliegt es, entsprechende Konzepte zu erarbeiten und in die Tat umzusetzen.

Die in dem Gesamtkonzept des Ministeriums für die informations- und kommunikationstechnische Aus- und Fortbildung in der Landesverwaltung dargestellten

Maßnahmen sind so angelegt und aufeinander abgestimmt, daß sie ein stufenweises und systematisches Vorgehen bei der wichtigen Zukunftsaufgabe der informationstechnischen Schulung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gewährleisten.

### Ausbildung

Die *Rahmenpläne* für die berufspraktische Ausbildung der Anwärterinnen und Anwärter des mittleren sowie des gehobenen nichttechnischen Dienstes in der Kommunalverwaltung und der staatlichen allgemeinen und inneren Verwaltung wurden überarbeitet mit dem Ziel einer verbesserten anwendungsbezogenen Ausbildung in den Informations- und Kommunikationstechniken.

Darüber hinaus konnten die *Stoffgliederungspläne* für die Ausbildung der Nachwuchskräfte an der Zentralen Verwaltungsschule Rheinland-Pfalz und an der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung in Mayen im Bereich Informationstechnik erweitert und der technischen Entwicklung angepaßt werden. Zudem wurde die Gesamtstundenzahl in diesem Fach für den gehobenen Dienst auf 56 und für den mittleren Dienst auf insgesamt 40 erhöht.

Auch in der Ausbildung der Nachwuchskräfte für den höheren allgemeinen Verwaltungsdienst wurden zwischenzeitlich bei den *Rechtsreferendaren* im Rahmen ihrer Verwaltungsstation Einführungskurse für Informa-



tions- und Kommunikationstechniken eingerichtet, die großes Interesse fanden. Es ist beabsichtigt, die Kurse fortzuführen.

### Informationstechnische Fortbildung

Seit über fünf Jahren führt das Ministerium des Innern und für Sport (ISM) Seminare für die Fortbildung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Landesverwaltung in der Nutzung und Entwicklung von Informations- und Kommunikationstechniken durch.

Die IT-Fortbildung des Ministeriums findet an vier Schwerpunkten im Lande statt:

- Ministerium des Innern und für Sport in Mainz,
- Statistisches Landesamt in Bad Ems,
- Fachhochschule für öffentliche Verwaltung in Mayen sowie
- Nutzung der Weiterbildungseinrichtungen der Pfalz-Akademie e. V. in Lambrecht.

Aus Kapazitätsgründen können sich die geplanten Schulungsmaßnahmen zunächst nur auf die Vermittlung des

- Grundwissens (Grundseminare, Einführungsseminare),
- erweiterten Wissens (Aufbauseminare) sowie
- produktübergreifenden (systemneutralen) Wissens beziehen. Dagegen ist es Sache der einführenden Behörde selbst, die Schulung des produkt- und anwendungsspezifischen Wissens system- und verfahrensbezogen zu organisieren und ggf. in Absprache mit den Herstellern durchzuführen.

Das *Fortbildungskonzept 1992* des Ministeriums des Innern und für Sport zur Vermittlung des informationstechnischen Wissens ist konzeptionell verbessert und methodisch weiter entwickelt worden. Hierbei sind die organisatorischen und didaktischen Erfahrungen der Seminarpraxis eingeflossen. Außerdem wird das Konzept ständig an die fortschreitende technische Entwicklung angepaßt.

Das *Fortbildungsprogramm 1992* des Ministeriums für den Bereich der Informations- und Kommunikationstechnik ist im Ministerialblatt Nr. 16 vom 20. Dezember 1991, Seite 581, veröffentlicht.

Die Fortbildungsseminare gliedern sich in theoretische und praktische Lernabschnitte. Bei den praktischen Übungen und Vorführungen an den Geräten wird moderne, nach den Bedürfnissen der Verwaltungspraxis ausgewählte, Schulungs- und Lernsoftware eingesetzt.

Der Technikeinsatz in der öffentlichen Verwaltung hat sich naturgemäß an den Aufgaben und Zuständigkeiten der öffentlichen Verwaltung zu orientieren. Eine wirk- same und praxisnahe IT-Fortbildung setzt daher neben dem technischen Wissen umfangreiche Kenntnisse und Erfahrungen im Bereich des Verwaltungsvollzugs voraus. Die bei den IT-Seminaren eingesetzten Referenten

müssen daher nicht nur über spezifisches DV-Wissen verfügen, sondern darüber hinaus auch Fragen des Aufbaus, der Organisation und der Abläufe im Bereich der öffentlichen Verwaltung beurteilen können. Es erscheint daher geboten, bei der IT-Fortbildung weitgehend auf nebenamtliche Referenten in der öffentlichen Verwaltung oder der Verwaltungsrechenzentren zurückzugreifen.

### IT-Schulungszentrum Bad Ems

Durch die Einrichtung und den schrittweisen Ausbau des Computerlabors beim Statistischen Landesamt in Bad Ems werden die Grundlagen und technischen Voraussetzungen für eine gezielte Erweiterung und Verbesserung des Fortbildungsangebots des Landes geschaffen.

In diesem Zusammenhang hat Innenminister Walter Zuber bereits anlässlich eines Besuchs im Juni 1991 beim Statistischen Landesamt erklärt, daß derzeit überlegt werde, das Statistische Landesamt in Zukunft noch stärker in die IT-Fortbildung einzubeziehen.

Beabsichtigt ist – wie dies bereits in den meisten anderen Bundesländern der Fall ist –, das beim Statistischen Landesamt in Bad Ems eingerichtete Computerlabor zu einem nach modernen Gesichtspunkten ausgerichteten *Schulungszentrum* für

- die allgemeine ressortübergreifende system- und anwendungsneutrale Fortbildung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Landesverwaltung,
- die Schulung des in der Systembetreuung eingesetzten Personals sowie
- die Aus- und Weiterbildung des Fachpersonals der Rechenzentren auszubauen.

Installiert sind im Computerlabor Bad Ems zur Zeit 10 netzfähige Arbeitsplatzrechner, 1 UNIX-Server sowie 2 Dozentenrechner (Lehrer-PC). Aufgrund dieser Ausstattung können jetzt Schulungen in folgenden Nutzungsarten durchgeführt werden:

- Die Arbeitsplatzrechner dienen als UNIX-Workstations. Als Bürokommunikationssoftware wird UNIPLEX eingesetzt.
- Die Arbeitsplatzrechner werden unabhängig vom UNIX-System als isolierte MS/DOS-PC betrieben. Als Anwendungssoftware wurde bisher Framework und dBase IV implementiert.
- Der UNIX-Server übernimmt die Rolle eines DOS-File-Servers. Dafür wurde eine Netzlizenz für die Tabellenkalkulation MS-Excel beschafft.

Darüber hinaus fungiert der UNIX-Server als Gateway und ermöglicht im Wege der 3270-Emulation den Zugriff der Workstations auf den Host.

### Fortbildungsbedarf

Das Interesse und der Bedarf an Fortbildungsmaßnahmen im Bereich der Informations- und Kommunika-



tionstechniken übersteigen das Angebot bei weitem. Für 1992 sind wiederum 25 Seminare (10 Grundseminare, 10 Aufbau-seminare, 2 Sonderseminare für Mitglieder von Personalvertretungen sowie 3 Seminare für Systembetreuer, insbesondere Angehörige informationstechnischer Beratungs- und Entwicklungsgruppen) geplant. Im Vordergrund steht dabei der Bereich der Bürokommunikation.

Insgesamt können pro Seminar 20 bis 25 Teilnehmerplätze zur Verfügung gestellt werden. Eine Erhöhung dieser Zahl ist jedoch bei den begrenzten räumlichen, personellen und technischen Möglichkeiten kurzfristig nicht realisierbar. An den 25 Fortbildungsseminaren werden voraussichtlich rund 500 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus nahezu allen Bereichen der Landesverwaltung teilnehmen.

Seit Beginn der informationstechnischen Fortbildung, Mitte 1986, konnten bisher insgesamt mehr als 2 000 Verwaltungsangehörige fortgebildet werden.

Wegen der *begrenzten Fortbildungskapazität* war es bisher leider nicht möglich, Sonderseminare als Fortbildungsmaßnahmen für Angehörige bestimmter Aufgabenbereiche (Organisation, Personalverwaltung und Haushalt) sowie spezielle (geschlossene) Seminare für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus bestimmten Fachverwaltungen (z. B. Polizei, Kataster-, Finanz-, Justiz-, Forst-, Gesundheits-, Gewerbeaufsichts- und Wasserwirtschaftsverwaltung) in das Fortbildungsprogramm des Ministeriums des Innern und für Sport aufzunehmen. Aus den gleichen Gründen wurde auch bisher davon abgesehen, den Fortbildungsbedarf dieser Verwaltungen systematisch zu ermitteln, um keine allzu großen Erwartungen zu wecken.

Geht man vom derzeitigen Personalbestand aus, so kämen allein im Geschäftsbereich des Ministeriums des Innern und für Sport für die Teilnahme an IT-Fortbildungsseminaren rund 16 000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Betracht.

Nach einer internen auf der Grundlage der Personalstärke 1991 (Stellen für Vollzeitkräfte) vorgenommenen empirischen Bedarfsermittlung käme allein in den oben genannten Fachverwaltungen ein Fortbildungsbedarf für rund 30 000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Betracht. Selbst wenn man davon ausgeht, daß sich nur ein Bruchteil dieses Personals zu den Seminaren anmelden wird, so läßt sich dieser Bedarf nur mittelfristig abdecken.

Das Ministerium des Innern und für Sport wird daher im Rahmen aller Möglichkeiten darauf hinwirken und nachhaltig dafür eintreten, daß

- die Anzahl der IT-Fortbildungsveranstaltungen nach und nach erhöht wird,
- die räumlichen und technischen Schulungsmöglichkeiten beim Statistischen Landesamt in Bad Ems, insbesondere im Bereich der Hard- und Software, erweitert werden mit dem Ziel, pro Seminar künftig 30 bis 40 Teilnehmerplätze bereitzustellen und

- für die praktischen Übungen und Schulungen möglichst 20 vernetzte Arbeitsplatzrechner sowie 2 Lehrer-PC und 1 Netzserver zur Verfügung stehen.

Darüber hinaus wird angestrebt, die Anzahl der Lehrgänge für die Aus- und Weiterbildung des Fachpersonals der Rechenzentren, insbesondere für die Schulung der technischen Nachwuchskräfte, zu erhöhen und auch hierfür die geräte- und programmtechnischen Voraussetzungen zur Durchführung der praktischen Übungen und Vorführungen im Computerlabor in Bad Ems zu schaffen.

### Weiterentwicklung der IT-Seminare

In diesem Jahr wurden erstmals IT-Aufbau-seminare für Systembetreuer und Angehörige informationstechnischer Entwicklungsgruppen in das Programm aufgenommen. Diese Seminare sollen weitergeführt und aufgrund von Erfahrungen in der Verwaltungspraxis inhaltlich ergänzt und schwerpunktmäßig neu strukturiert werden.

Erstmals sind – wie bereits im vorherigen Kapitel erwähnt – IT-Fortbildungsmaßnahmen für Angehörige bestimmter Aufgabenbereiche wie Organisation, Personalverwaltung und Haushalt geplant.

Auch ist daran gedacht, eigens für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter besonderer Fachverwaltungen, z. B. Polizei, Katasterverwaltung, Gewerbeaufsichts- und Wasserwirtschaftsverwaltung sowie Gesundheitsverwaltung besondere IT-Seminare zu veranstalten.

Dieses erweiterte Seminarangebot wird allerdings auch eine wesentliche Erhöhung der personellen und technischen Kapazität, insbesondere eine Verbesserung der Ausstattung des Computerlabors, voraussetzen. Das gleiche gilt für die Aus- und Weiterbildung des Fachpersonals der Rechenzentren.

Im Rahmen der oben angesprochenen Seminartypen ist es notwendig, die Konzeption für die Aufbau-seminare „Bürokommunikation“ und „IT-Management“ neu zu strukturieren und in diesen Seminaren ein Schwergewicht auf die Installation und Anwendung von Netzwerken einschließlich Client-Server-Konzept zu legen.

### Schlußbetrachtung

Wie bereits eingangs erwähnt, wird die informationstechnische Aus- und Weiterbildung mit der fortschreitenden Technikeinführung in der öffentlichen Verwaltung eine zunehmende Bedeutung erlangen. Daher sollte bei jeder Maßnahme zur Beschaffung von Hard- und Software von der zuständigen Behörde auch eine Feststellung darüber getroffen werden, welcher Aus- und Fortbildungsbedarf hierdurch ausgelöst wird und in welcher Weise die Schulung und Einweisung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sichergestellt werden können.

Reinhold Theis,  
Ministerium des Innern und für Sport



# Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte und ihr Entgelt

## – Grundlagen und erste Ergebnisse des Jahreszeitraum-Materials der Beschäftigtenstatistik –

Seit 1977 veröffentlicht das Statistische Landesamt Rheinland-Pfalz Ergebnisse über die sozialversicherungspflichtig beschäftigten Arbeitnehmer. Es handelt sich hierbei um stichtagsbezogene Auswertungen der sogenannten Beschäftigtenstatistik. Aus diesem Datenbestand liegen auch seit längerem Analysen vor, die auf den Zeitraum eines Jahres bezogen sind und Angaben über das Jahresentgelt der Versicherten ermöglichen. Nach einer ausgiebigen Testphase beabsichtigt das Landesamt, eine neue Veröffentlichungsreihe mit Ergebnissen des Jahreszeitraum-Materials zu beginnen. Die folgende Darstellung ist als Einführung in diese Materie gedacht. Sie soll neben fachlichen und methodischen Grundlagen auch erste Auswertungsergebnisse dieser Erhebung für Rheinland-Pfalz aufzeigen.

### Grundlage und Meldeweg der Beschäftigtenstatistik

Zum besseren Verständnis der Möglichkeiten und Probleme dieser Erhebung wird zuerst ein Überblick über Grundlagen und Inhalt der Beschäftigtenstatistik gegeben.

Mit Wirkung vom 1. Januar 1973 wurde ein neues integriertes Meldeverfahren zur Sozialversicherung (gesetzliche Kranken- und Rentenversicherung) und zur Bundesanstalt für Arbeit (Arbeitslosenversicherung) eingeführt. Dieses Verfahren verlangt von den Arbeitgebern für alle sozialversicherungspflichtig beschäftigten Arbeitnehmer eine einheitliche Lieferung von Meldungen über demographische, wirtschaftliche und sozialversicherungsrechtliche Tatbestände der Versicherten. Die Daten werden mit Hilfe der elektronischen Datenverarbeitung gespeichert und verarbeitet. Dadurch wird die Möglichkeit eröffnet, die Daten sekundärstatistisch auszuwerten.

Dem von der Beschäftigtenstatistik erfaßten Personenkreis gehören alle Arbeitnehmer an, die krankenversicherungspflichtig, rentenversicherungspflichtig oder beitragspflichtig nach dem Arbeitsförderungsgesetz sind bzw. für die Beitragsanteile zu den gesetzlichen Rentenversicherungen entrichtet werden müssen. Zu diesem Personenkreis gehören auch Arbeitnehmer, die in einem Ausbildungsverhältnis stehen. Zusammen sind das etwa 80 % aller Erwerbstätigen. Unberücksichtigt bleiben Beamte, Selbständige und mithelfende Familienangehörige sowie alle geringfügig beschäftigten Arbeitnehmer, die nicht der Sozialversicherungspflicht unterliegen.

Die Arbeitgeber als Auskunftspflichtige geben im wesentlichen folgende Meldungen ab:

eine Anmeldung bei

- Aufnahme einer sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung,

- Übergang aus einer anderen Beitragsgruppe oder Kasse,

eine Abmeldung bei

- Ende einer sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung,
- Übergang in eine andere Beitragsgruppe oder Kasse,

eine Unterbrechungsmeldung für

- Beschäftigte, die wegen Ableistung des Wehr- oder Zivildienstes ihre Beschäftigung ohne Kündigung des Arbeitsverhältnisses unterbrochen haben,
- Beschäftigte, die wegen Krankheit (Arbeitsunfähigkeit nach Ende der Lohnfortzahlung), Schlechtwettergeldbezugs oder wegen Erziehungsurlaub das Arbeitsverhältnis ohne Kündigung unterbrochen haben,

eine Jahresmeldung für

- alle Beschäftigten, die am Jahresende in einem sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnis standen.

Anmeldungen müssen nach spätestens zwei Wochen, Abmeldungen und Unterbrechungsmeldungen nach sechs Wochen und Jahresmeldungen zum 31. März des Folgejahres abgegeben werden. Die Meldungen der Arbeitgeber gehen an die Träger der Krankenkassen. Nach einer Prüfung auf formale und inhaltliche Richtigkeit werden die Unterlagen an die verschiedenen Rentenversicherungsträger weitergeleitet. Aus diesen Daten werden die für die Arbeitsverwaltung relevanten an die Bundesanstalt für Arbeit zur Speicherung und Auswertung übermittelt. Von hier gehen anonymisierte Auszüge aus diesen Datensätzen für statistische Zwecke dem Statistischen Bundesamt zu und werden an die statistischen Landesämter weitergeleitet.

### Auswertbare Erhebungsmerkmale

Der Inhalt der Beschäftigtenstatistik läßt sich am besten durch die Merkmale beschreiben, die im Statistischen Bundesamt und in den statistischen Landesämtern ausgewertet werden. Ein Teil der für die Statistik relevanten Tatbestände wird aus der Versicherungsnummer abgeleitet; darüber hinaus wird der Wirtschaftszweig und der Arbeitsort aus der Betriebsdatei bzw. Ortsdatei entnommen. Bis auf die Tatbestände beitragspflichtiges Bruttoarbeitsentgelt sowie Ende der Beschäftigung, die nur in der Abmeldung, Unterbrechungsmeldung und Jahresmeldung enthalten sind, und der Staatsangehörigkeit, die nur aus den Anmeldungen entnommen wird, sind alle Tatbestände in allen Versicherungsnachweisen enthalten. Die Ergebnisse des sogenannten Jahreszeitraum-Materials der Be-



schäftigtenstatistik enthalten neben den Merkmalen des Stichtagsmaterials auch die Merkmale Bruttoarbeitsentgelt sowie Beginn und Ende der Beschäftigung bzw. Beschäftigungsdauer.

#### Auswertbare Merkmale der Beschäftigtenstatistik

1. Merkmale des Stichtagsmaterials  
Träger der Rentenversicherung (zur Unterscheidung der Arbeiter und Angestellten),  
Geburtsjahr / Altersjahr,  
Geschlecht,  
Wirtschaftszweig,  
Arbeitsort,  
Ausgeübte Tätigkeit (Beruf),  
Stellung im Beruf,  
Vollzeit- / Teilzeitbeschäftigung,  
Ausbildung (erreichter allgemeiner und beruflicher Ausbildungsabschluß),  
Staatsangehörigkeit.
2. Zusätzliche Merkmale des Jahreszeitraum-Materials  
Beginn und Ende der Beschäftigung (bzw. Beschäftigungsdauer),  
beitragspflichtiges Bruttoarbeitsentgelt.

Die Bundesanstalt für Arbeit führt für jeden Versicherten unter seiner Versicherungsnummer ein Versichertenkonto, auf dem alle Meldungen zu der jeweiligen Versicherungsnummer (mit allen auswertbaren Merkmalen aus den Versicherungsnachweisen) in chronologischer Reihenfolge nach dem Wirksamkeitsdatum gespeichert werden. Diese Versichertendatei ist die Grundlage aller Auszahlungen. In der Versichertendatei ist die Versicherungsnummer das Identifikationsmerkmal für den Versicherten. Sie ist zwölfstellig und beinhaltet u. a. Geburts-

datum und Geschlecht des Versicherten, wird aber nicht an die statistischen Ämter weitergeleitet.

#### Stichtags- und Jahreszeitraum-Material

Die Auszahlung der Versichertenkonten erfolgt unter zwei verschiedenen Aspekten, nämlich stichtagsbezogen und jahreszeitraumbezogen.

Die vierteljährlichen Stichtagsauswertungen dienen zur Ermittlung eines kurzfristig verfügbaren Beschäftigtenstandes und erfolgen etwa sechs Monate nach dem Berichtsstichtag. Hierfür wird für jeden Versicherten festgestellt, ob zum Berichtsstichtag ein Beschäftigungsverhältnis bestanden hat. Es werden dabei alle Arten von Meldungen berücksichtigt. Bei dieser Stichtagsauswertung werden für einen Beschäftigten die Merkmale einbezogen, die auf der zu diesem Zeitpunkt aktuellen Meldung angegeben sind. So wird ein Arbeitnehmer, der am 31. März eines Jahres in einem Chemiebetrieb in Rheinland-Pfalz als Arbeiter tätig ist, in den Auswertungen zu diesem Stichtag in Rheinland-Pfalz als Arbeiter in der chemischen Industrie gezählt. Wechselt der Beschäftigte zum 1. Juli desselben Jahres als Angestellter in den öffentlichen Dienst nach Schleswig-Holstein, wird die Stichtagsauswertung am 30. September diesen Arbeitnehmer mit den Merkmalen Angestellter im öffentlichen Dienst im Land Schleswig-Holstein nachweisen. In Rheinland-Pfalz zählt er zum selben Zeitpunkt nicht mehr. Die Stichtagsergebnisse zweier Zeitpunkte stellen nur die saldierten Bestände an Beschäftigten dar, sagen aber nichts über die tatsächlichen Zu- und Abgänge an Beschäftigten aus. Echte Umschichtungen zwischen den unterschiedlichen Wirtschaftsbereichen werden durch Vergleiche von Stichtagsergebnissen in ihrer Richtung und ihrem tatsächlichen Ausmaß ebenso wenig korrekt aufgezeigt wie Fluk-

#### Die Merkmale der Beschäftigtenstatistik in Abhängigkeit von den Auszahlseinheiten und der Berichtsperiode

Merkmale	Auszahlseinheit		
	Person		Beschäftigungsfall
	Auswertung		
	Stichtag <sup>1)</sup>	Jahreszeitraum	
1 Merkmale mit unveränderlichen Merkmalsausprägungen Geschlecht Geburtsjahr	Darstellung vierteljährlicher Bestandszahlen für Personen	Darstellung aller im Berichtsjahr überhaupt beschäftigten Personen	Mögliche Auswertung dieser Merkmale, aber grundsätzlich nur in Verbindung mit Personenkonzept
2 Merkmale mit veränderlichen Merkmalsausprägungen (variable Merkmale) Staatsangehörigkeit Stellung im Beruf Ausbildung Beruf Wirtschaftszweig Rentenversicherungsträger Arbeitsort / Gemeinde Abgabegrund der Meldung	Darstellung vierteljährlicher Bestandszahlen für Personen nach für den Stichtag feststehenden Merkmalen	Darstellung aller im Berichtsjahr überhaupt beschäftigten Personen; bei Personen mit mehreren Beschäftigungsfällen im Berichtsjahr kombinierte Darstellung für mehrere Beschäftigungsfälle je Person <sup>2)</sup> oder schwerpunktmäßige Zuordnung je variablem Merkmal	Darstellung aller Beschäftigungsfälle im Berichtsjahr nach je Fall zutreffenden Merkmalen
3 Merkmale mit summierbaren Merkmalsausprägungen Beschäftigungszeit (nach Beginn und Ende der Beschäftigung), Bruttoarbeitsentgelt		Darstellung aller im Berichtsjahr überhaupt beschäftigten Personen nach Gesamtbeschäftigungszeit und -entgelt (ggf. Summe aus mehreren Fällen)	Darstellung aller Beschäftigungsfälle im Berichtsjahr nach Beschäftigungsdauer und Entgelt je Fall

1) Stichtagsauswertungen werden z. Zt. nur aus dem aktuellen Vierteljahresstichtagsmaterial vorgenommen. – 2) Dies gilt z. B. auch für die Darstellung nach Entgeltgruppen (siehe ansonsten Gruppe 3 der Merkmale in der Vorseite).



tuationen der Beschäftigten zwischen verschiedenen Gebieten.

Bei der Auswertung des Jahreszeitraum-Materials wird ausschließlich auf die Jahresmeldungen bzw. die Abmeldungen und Unterbrechungsmeldungen zurückgegriffen, da nur hier Angaben über Entgelt und Beschäftigungsdauer enthalten sind. Es muß deshalb mit der Erstellung des Jahreszeitraum-Materials so lange gewartet werden, bis alle Meldungen des betreffenden Jahres eingegangen sind. Derzeit sind das etwa einhalb bis zwei Jahre. In das Jahreszeitraum-Material werden alle Meldungen, das heißt alle Beschäftigungsverhältnisse eines Versicherten, einbezogen, die im Laufe eines Jahres bestanden haben bzw. zum Jahresende noch bestehen. Für den beispielhaft beschriebenen Fall eines Arbeitnehmers, der im Verlauf eines Jahres seine Arbeitsstelle gewechselt hat, bedeutet dies, daß auf seinem Versichertenkonto zwei Beschäftigungsverhältnisse verbucht sind und in die Auswertung einbezogen werden. Es handelt sich um eine Art Doppelzählung, nämlich zwei Beschäftigungsfälle eines Beschäftigten. Diese Differenzierung in Beschäftigungsfälle und beschäftigte Personen ist für das Verständnis der Auswertungen des Jahreszeitraum-Materials von so grundlegender Bedeutung, daß es nachfolgend noch genauer erläutert wird.

### **Beschäftigungsfälle und beschäftigte Personen**

Als Beschäftigungsfälle zählen alle sozialversicherungspflichtigen Arbeitsverhältnisse, die ein Betrieb meldet. Dabei kann ein Arbeitnehmer innerhalb eines Jahres einen oder mehrere zeitlich aufeinanderfolgende Arbeitsverhältnisse oder in diesem Zeitraum mehrere, aber zeitlich nicht zusammenhängende Beschäftigungsverhältnisse haben. Als Beispiel sei hier eine Küchenhilfe genannt, die während der Winter- und Sommersaison in einem Hotelbetrieb arbeitet, während der Nebensaison (Frühling und Herbst) aber nicht beschäftigt ist. Ein Arbeitnehmer kann auch gleichzeitig zwei Beschäftigungsverhältnisse haben. Als Beschäftigungsfälle zählen beide Arbeitsstellen allerdings nur, wenn die Tätigkeiten auch sozialversicherungspflichtig sind.

Bei jedem Beschäftigungsfall, der im Zeitraum eines Jahres auf dem Konto eines Versicherten verbucht wird, werden alle vorher aufgezeigten Erhebungsmerkmale gespeichert. Diese können in unveränderliche und veränderliche Merkmale unterschieden werden. Als unveränderliche Merkmale gelten Geburts- bzw. Altersjahr und Geschlecht. Diese Merkmale sind bei allen Beschäftigungsfällen einer Person identisch. Alle übrigen Merkmale können sich bei dieser Person von Beschäftigungsfall zu Beschäftigungsfall ändern. Das gilt auch für das regionalbezogene Merkmal Arbeitsort. Die Merkmale Beginn und Ende der Beschäftigung sowie beitragspflichtiges Bruttoarbeitsentgelt, die im Jahreszeitraum-Material zusätzlich enthalten sind, geben die Dauer jedes einzelnen Beschäftigungsfalles und das dafür erhaltene Entgelt an.

Jeder Beschäftigungsfall ist einem Beschäftigten zugeordnet; mehrere Beschäftigungsfälle können aber dieselbe Person betreffen. Betrachtet man diese Gege-

benheiten von der Seite der beschäftigten Person her, gilt es, die Beschäftigungsfälle mit ihren unterschiedlichen Merkmalen (z. B. Wirtschaftsgliederung, Arbeitsort) dieser Person zuzuordnen, um fachlich und regional untergliedert auf der Ebene von Personen auswerten zu können. Ohne Schwierigkeiten gelingt das bei einem Beschäftigten, der im Berichtsjahr nur ein einziges Beschäftigungsverhältnis hatte. Alle Merkmale sind eindeutig. Bei Personen mit mehreren Beschäftigungsfällen muß für eine fachliche und regionale Untergliederung ein Fall als dominant angesehen werden. Dies ist im allgemeinen der sogenannte „längste Fall“, das heißt der Fall mit der längsten Beschäftigungsdauer innerhalb eines Jahres. Beispielsweise wäre bei zwei Beschäftigungsfällen mit einer Beschäftigungsdauer von 9 bzw. 3 Monaten der erste Fall dominant. Das bedeutet, daß die betroffene Person der Wirtschaftsgliederung, dem Arbeitsort usw. des ersten Falles zugeordnet werden würde. Sollte ein Beschäftigter zwei zeitlich gleich lange Fälle haben, wird derjenige mit dem höheren Entgelt ausgewählt. Ist auch dieses gleich hoch, gilt das in zeitlicher Reihenfolge erste Beschäftigungsverhältnis. Die Festlegung auf den längsten Fall stellt sicher einen Kompromiß dar, darf aber in ihren Auswirkungen nicht überbewertet werden. Das zeigen auch die Daten des Jahres 1988. Rund 87 % der Personen haben nur einen Beschäftigungsfall. Mehr als zwei Arbeitsverhältnisse hatten gut 2 % der sozialversicherungspflichtigen Arbeitnehmer in Rheinland-Pfalz.

Das Jahreszeitraum-Material enthält alle Beschäftigungsfälle einer Person, wenn davon mindestens einer auf das betreffende Bundesland entfällt. Bei einer fallbezogenen Abfrage werden alle Beschäftigungsfälle einbezogen, die dieses Bundesland betreffen. Die anderen Arbeitsverhältnisse dieses Beschäftigten, die außerhalb des Bundeslandes bestanden, werden nicht gezählt. In eine personenbezogene Abfrage wird ein Beschäftigter nur aufgenommen, wenn sein längster Fall in dem betreffenden Land war, dann allerdings mit allen Fällen. Um das zu ermöglichen, enthält jeder Beschäftigungsfall über die vorher genannten Merkmale hinaus eine Kennzeichnung, wenn es sich um den längsten Fall der Person handelt. Außerdem ist jeder Datensatz um die kumulierte Beschäftigungsdauer und das sich aus allen Fällen ergebende Jahresentgelt des Arbeitnehmers ergänzt. Weitere Ergänzungen der Datensätze sind Kennzeichnungen für Wechsel des Arbeitsortes, Wirtschaftszweiges, Berufes und der Stellung im Beruf sowie des Rentenversicherungsträgers innerhalb des Berichtsjahres. Damit werden Auswertungen besonderer Personengruppen, nämlich der Arbeitsplatzwechsler, unter dem Aspekt der damit zusammenhängenden Veränderungen (z. B. Wirtschaftsgliederung, Arbeitsort) möglich. Aussagen über Mobilität und Flexibilität von Arbeitnehmern werden erleichtert, Untersuchungen über die Auswirkungen eines Wechsels des Beschäftigungsverhältnisses auf das Entgelt des Arbeitnehmers können vorgenommen werden.

### **Bruttoarbeitsentgelt, Probleme der Abgrenzung und Nachweisung**

Zur näheren Erläuterung des Begriffes Bruttoarbeitsentgelt sind noch einige ergänzende Ausführungen zu machen.



**Beschäftigungen bleiben versicherungsfrei  
bis einschließlich . . . DM**

Jahr	Beschäftigungen	
	außerhalb	innerhalb
	des Bergbaus	
1980 – 1984	390	390
1985	400	400
1986	410	410
1987	430	430
1988	440	440

Wie bereits dargestellt, unterliegen der Sozialversicherungspflicht in erster Linie Arbeiter und Angestellte, einschließlich der zu ihrer Berufsausbildung Beschäftigten. Nicht versicherungspflichtig sind Selbständige, mithelfende Familienangehörige, Beamte sowie die sogenannten geringfügig Beschäftigten. Eine Erwerbstätigkeit wird versicherungsrechtlich als geringfügig eingestuft, wenn sie nur kurzfristig ausgeübt oder nur geringfügig entlohnt wird. Eine Tätigkeit gilt als

- kurzfristig, wenn sie im Laufe eines Jahres ihrer Eigenschaft nach oder im voraus vertraglich auf eine Dauer von höchstens zwei Monaten oder 50 Arbeitstagen begrenzt ist,
- geringfügig entlohnt, wenn sie zwar laufend oder regelmäßig wiederkehrend ausgeübt wird, die vereinbarte Wochenarbeitszeit aber unter 15 Stunden liegt und das Arbeitsentgelt regelmäßig im Monat den Grenzbetrag für die Versicherungsfreiheit nicht übersteigt. Dieser lag 1988 bei 440 DM, 1980 bei 390 DM.

Der vorgenannte Personenkreis ist weder nach Zahl noch mit seinem Entgelt in der Beschäftigtenstatistik enthalten.

Neben dieser Untergrenze, die bestimmte Erwerbstätige von vornherein ausscheidet, gibt es im Rahmen der Sozialversicherungspflicht hinsichtlich des zu erfassenden Entgeltes auch eine Obergrenze, die Beitragsbemessungsgrenze. Sie wird jährlich an die Entwicklung der Löhne und Gehälter angepaßt. Die Beitragsbemessungsgrenze der Rentenversicherung der Arbeiter

**Beitragsbemessungsgrenze der Rentenversicherung  
1980 bis 1988**

Jahr	Rentenversicherung der Arbeiter und Angestellten	Knappschaftliche Rentenversicherung
	DM	
1980	50 400	51 200
1981	52 800	64 800
1982	56 400	69 600
1983	60 000	73 200
1984	62 400	76 800
1985	64 300	80 400
1986	67 200	82 800
1987	68 400	85 200
1988	72 000	87 600

und Angestellten betrug 50 400 DM im Jahr 1980. Diese Grenze stieg 1988 auf 72 000 DM und lag 1991 bereits bei 78 000 DM. Für die knappschaftliche Rentenversicherung gelten höhere Beitragsbemessungsgrenzen (z. B. 1988 : 87 600 DM).

Als Entgelt im Zusammenhang mit dem Jahreszeitraum-Material wird das Bruttoarbeitsentgelt bis zur Höhe der Beitragsbemessungsgrenze verstanden. Das bedeutet, daß der Teil des Verdienstes eines Beschäftigten, der über die Beitragsbemessungsgrenze hinausgeht, nicht in die Nachweisung aller Entgelte einfließt. Das bleibt nicht ohne Einfluß auf die Errechnung von Durchschnittsentgelten. Gibt es in einem Gebiet oder in einem Wirtschaftszweig eine relativ große Zahl von Beschäftigten mit über der Beitragsbemessungsgrenze liegenden Verdiensten, wird das Durchschnittsentgelt tendenziell zu niedrig angegeben gegenüber vergleichbaren Einheiten mit einem geringen Anteil solcher Arbeitnehmer. Als weitere Konsequenz aus der jährlich steigenden Beitragsbemessungsgrenze müssen Nachweisungen nach Entgeltgruppen laufend nach oben erweitert werden; dies schränkt die Möglichkeit von Zeitreihenvergleichen ein. Bei früheren Auswertungen wurden in Einzelfällen auch über der Bemessungsgrenze liegende Entgelte einbezogen. Auf eine Neuberechnung der Daten kann wegen der geringen Häufigkeit dieser Fälle verzichtet werden.

Zur richtigen Bewertung der Angaben über die in die Erhebung einfließenden Entgelte sind noch zwei Personengruppen mit einer Besonderheit anzusprechen. So gelten Wehr- und Zivildienstleistende als sozialversicherungspflichtig Beschäftigte, wenn sie ihren Dienst aus einem auch weiterhin bestehenden Beschäftigungsverhältnis heraus angetreten haben und nur wegen der Ableistung dieser Dienstzeiten kein Entgelt erhalten. Der gleiche Fall liegt vor, wenn Frauen wegen Erziehungsurlaub ihre Beschäftigung ohne Kündigung des Arbeitsverhältnisses unterbrochen haben. Beide Gruppen sind als Beschäftigte im Jahreszeitraum-Material nachgewiesen, obwohl sie in dieser Zeit kein Entgelt erhalten. Im Extrem kann das eine ganzjährige Beschäftigung mit einem Entgelt von 0 DM sein, was bei der Errechnung von Durchschnittsentgelten berücksichtigt werden muß.

**Beschäftigungsdauer als Bewertungsmaßstab  
für das Entgelt**

Die Höhe des Entgelts, das ein Beschäftigter im Laufe eines Jahres erhält, ist außer von beruflichen, wirtschaftlichen und regionalen Gegebenheiten in erster Linie von seiner Beschäftigungsdauer innerhalb dieses Zeitraumes abhängig. Als Beschäftigungsdauer gelten nicht die tatsächlich geleisteten Arbeitstage, sondern die Dauer des sozialversicherungspflichtigen Arbeitsverhältnisses. Dazu gehören auch Tage, an denen normalerweise nicht gearbeitet wird, z. B. Samstage, Sonntage, Feiertage sowie Urlaubs- und Krankheitstage. Das tatsächliche Arbeitsvolumen eines Beschäftigten ist daraus nicht errechenbar.

Bei Arbeitnehmern mit mehreren Beschäftigungsverhältnissen innerhalb eines Jahres wird die Beschäfti-



gungsdauer des einzelnen Falles zu einer Jahresbeschäftigungsdauer kumuliert. Damit ist festzustellen, ob der Beschäftigte nahtlos von einem Arbeitsverhältnis zum anderen gewechselt hat oder ob beschäftigungslose Zeiten dazwischen liegen. Auch Personen, die im Laufe eines Jahres erst in das Berufsleben eingetreten oder mit Erreichen der Altersgrenze ausgeschieden sind, können über die Beschäftigungsdauer von denjenigen Arbeitnehmern unterschieden werden, die ganzjährig im Berufsleben standen. Diese Unterscheidung zwischen ganzjährig und nicht ganzjährig Beschäftigten ist bei einer Einbeziehung des Entgeltes und für diesbezügliche Durchschnittsberechnungen bei personenbezogener Betrachtung ein entscheidender Punkt.

Die pro Beschäftigungsfall mögliche Verknüpfung zwischen Beschäftigungsdauer und erzieltm Entgelt erlaubt Vergleiche zwischen unterschiedlich langen Arbeitsverhältnissen, da das Entgelt eines Falles auf ein Tagesentgelt umgerechnet und danach auf ein entsprechendes Jahresentgelt hochgerechnet werden kann.

### Vorliegende Auswertungstabellen

Die bisher vorliegenden Auswertungen des Jahreszeitraum-Materials sind in zwei Gruppen unterteilt, das Mindestveröffentlichungsprogramm und die Sondertabellen. Dabei basieren das Mindestveröffentlichungsprogramm aus Kapazitätsgründen auf einer 1 %-Stichprobe, die Sondertabellen aber auf dem Totalmaterial.

Beim Mindestveröffentlichungsprogramm handelt es sich um bisher fünf Tabellen, die für die eingangs erwähnte neue Veröffentlichungsreihe vorgesehen sind. Tabelle 1 gliedert die Beschäftigungsfälle und die beschäftigten Personen nach Alter und Geschlecht der Arbeitnehmer. Bei den Personen wird zusätzlich nach der Zahl der ihnen zugerechneten Beschäftigungsfälle unterschieden. Tabelle 2 ordnet Fälle und Personen der wirtschaftlichen Gliederung und den Kategorien Arbeiter bzw. Angestellter zu. Als Untergruppe der beschäftigten Personen werden die ganzjährig Beschäftigten

ausgewiesen. Diese Tabelle liegt nach Geschlecht und Staatsangehörigkeit vor. In wirtschaftlicher Untergliederung und nach Entgeltgruppen sowie Geschlecht werden die ganzjährig vollzeitbeschäftigten Personen in Tabelle 3 nachgewiesen. Diese Abgrenzung wurde gewählt, um den Schwierigkeiten mit unterschiedlich langen Beschäftigungszeiten aus dem Weg zu gehen. In Tabelle 4 wird derselbe Personenkreis einbezogen. Hier ist nur die wirtschaftliche durch eine berufliche Gliederung ersetzt. In Tabelle 5 werden die ganzjährig vollzeitbeschäftigten Arbeitnehmer in den Entgeltgruppen nach Geschlecht und Staatsangehörigkeit untergliedert.

Als Sondertabelle liegt bisher auf Kreisebene eine Auswertung vor, in der neben den Fall- und Personen-zahlen auch Entgeltsummen und Beschäftigungstage nachgewiesen sind. Untergliedert ist diese Tabelle zum einen nach Wirtschaftsabteilungen und zum anderen nach Entgeltgruppen. Die auf Landesebene bestehenden Abgrenzungsprobleme bei beschäftigten Personen (Zuordnung nach dem längsten Fall) können bei einer Regionalisierung auf Kreisebene noch verstärkt werden, da die wirtschaftlichen Schwerpunkte in den Kreisen sehr unterschiedlich sind.

Neben den hier beschriebenen Auswertungen werden, auf längere Sicht gesehen, weitere Tabellen konzipiert und Untersuchungen zu speziellen Fragestellungen vorgenommen.

### Erste Ergebnisse für das Jahr 1988

Die neue Veröffentlichungsreihe des Statistischen Landesamtes mit den Ergebnissen des Jahreszeitraum-Materials beginnt mit dem Jahr 1988. Einige Daten dieses Jahres werden hier vorgestellt und unter Berücksichtigung der bereits gemachten Ausführungen erläutert. Um eine Entwicklung aufzeigen zu können, werden Ergebnisse aus früheren Jahren (ab 1980) einbezogen. Zuerst wird eine fallbezogene Darstellung gegeben, an die sich eine personenbezogene Auswertung anschließt.

Beschäftigungsfälle 1980 bis 1988 nach Beschäftigungsdauer, Bruttojahresentgelt, Beschäftigungstagen und Durchschnittsentgelt

Jahr	Beschäftigungsfälle		Bruttojahresentgelt		Beschäftigungstage  insgesamt	Durchschnittsentgelt		
	insgesamt	darunter ganzjährig beschäftigt	insgesamt	darunter ganzjährig beschäftigt		im Jahr		pro Tag
					Fälle insgesamt	ganzjährige Fälle	Fälle insgesamt	
	1 000		1 000 DM		1 000	DM		
1980	1 432,7	834,0	28 514 846,5	23 234 460,0	387 122,4	19 903	27 858	74
1981	1 430,4	854,8	30 375 550,1	25 025 823,1	391 378,1	21 236	29 276	78
1982	1 405,5	857,2	31 440 949,8	26 125 693,7	388 996,1	22 371	30 479	81
1983	1 380,8	854,9	31 996 665,2	26 894 258,5	383 470,3	23 172	31 460	83
1984	1 391,7	846,6	33 455 690,0	27 943 054,9	383 237,1	24 039	33 006	87
1985	1 416,9	839,0	34 450 688,1	28 576 821,0	383 697,8	24 313	34 060	90
1986	1 430,4	859,6	36 497 081,2	30 388 120,2	391 841,1	25 516	35 350	93
1987	1 444,9	854,5	37 674 648,1	31 249 611,5	391 769,5	26 073	36 573	96
1988	1 451,6	859,0	39 266 781,4	32 551 860,4	393 581,7	27 051	37 897	100



Im Jahre 1988 gab es in Rheinland-Pfalz 1,452 Millionen Beschäftigungsverhältnisse, von denen 859 000 ganzjährig bestanden (59 %). Rund 593 000 Arbeitsverhältnisse betrafen demnach Fälle, in denen das Beschäftigungsverhältnis im Laufe des Jahres begonnen, beendet oder unterbrochen wurde. Dazu gehören auch Fälle, in denen der Beschäftigte im Verlauf des Jahres eine Arbeitsstelle in Rheinland-Pfalz aufgab und innerhalb des Landes oder in einem anderen Bundesland einen neuen Arbeitsplatz fand bzw. in diesem Zeitraum ins Land kam, um hier eine Arbeit aufzunehmen. Im Jahre 1980 war der Anteil der ganzjährigen Beschäftigungsfälle mit 58 % etwas niedriger. In diesem Zeitraum nahm die Zahl aller Beschäftigungsfälle um 1,3 %, die der ganzjährigen um 3 % zu.

Auf die Beschäftigungsfälle des Jahres 1988 in Rheinland-Pfalz entfiel ein Bruttojahresentgelt von 39,3 Mrd. DM. Das ergab ein durchschnittliches Jahresentgelt von 27 051 DM. Aus ganzjährigen Beschäftigungsfällen kamen 32,6 Mrd. DM, das waren 83 % des Gesamtentgeltes. Der durchschnittliche Jahreswert dieser Fälle liegt mit 37 897 DM um 40 % über dem Mittelwert aller Fälle. Im Vergleich mit 1980 ist das gesamte Bruttojahresentgelt um 38 %, das der ganzjährigen Fälle um 40 % gestiegen. Um die unterschiedliche Beschäftigungsdauer bei den Gesamtbeschäftigungsfällen auszuschließen, kann das Entgelt des Jahres anhand der angefallenen Beschäftigungstage auf ein Tagesentgelt umgerechnet werden: 1988 ergab sich ein durchschnittliches Tagesentgelt von 100 DM, 1980 lag dieser Wert bei 74 DM. Bei diesen Durchschnittsberechnungen ist, wie in den Ausführungen zur Methode erwähnt, zu berücksichtigen, daß Entgelte nur bis zur Beitragsbemessungsgrenze einbezogen werden. Beim Vergleich zwischen 1980 und 1988 spielt zusätzlich der Anstieg dieser Bemessungsgrenze der Rentenversicherung für Arbeiter und Angestellte von 50 400 auf 72 000 DM pro Jahr (+43 %) eine wichtige Rolle. Durch dieses Abschneiden der über der Grenze liegenden Entgelte werden die Durchschnittswerte je Beschäftigungsfall zu niedrig ausgewiesen. Dieser Effekt hat sich 1988 gegenüber 1980 noch verstärkt, wie folgende Rechnung zeigt.

Im Jahre 1980 erreichten 3,5 % der ganzjährigen Beschäftigungsfälle die Beitragsbemessungsgrenze (50 400 DM) oder hatten ein darüber liegendes Bruttojahresentgelt. Dieser nur in Höhe der Bemessungsgrenze in das Gesamtentgelt aller ganzjährigen Beschäftigungsfälle einfließende Verdienst machte an Wert 6,3 % aus. Im Jahre 1988 erreichten diese Fälle bereits einen Anteil von 5,3 %, auf das Entgelt bezogen waren es 10 %, bei einer auf 72 000 DM gestiegenen Bemessungsgrenze. Für 1988 bedeutet dies, daß in 5,3 % aller ganzjährigen Beschäftigungsfälle das tatsächliche Entgelt im Sinne eines Jahresverdienstes zu niedrig ausgewiesen ist. Dementsprechend ist auch das durchschnittliche Entgelt je Beschäftigungsfall nicht in der echten Höhe zu ermitteln. Eine Korrektur ist nicht möglich, da der über der Bemessungsgrenze liegende Entgeltteil nicht festgestellt werden kann.

Eine personenbezogene Auswertung des Jahreszeitraum-Materials ergab für 1988 rund 1,238 Millionen sozialversicherungspflichtig Beschäftigte, deren einzi-

Beschäftigte Personen 1985 bis 1988 nach Beschäftigungsdauer, Arbeitszeit und Durchschnittsentgelt

Jahr	Beschäftigte Personen			Durchschnittsentgelt im Jahr		
	ins- gesamt <sup>1)</sup>	darunter ganzjährig		ins- gesamt <sup>1)</sup>	ganz- jährig Beschäftig- te <sup>1)</sup>	ganz- jährig Vollzeit- beschäftig- te <sup>2)</sup>
		Beschäf- tigte <sup>1)</sup>	Vollzeit- beschäf- tigte <sup>2)</sup>			
	1 000			DM		
1985	1 227,5	875,1	702,7	28 074	33 988	38 278
1986	1 232,4	899,3	709,2	29 625	35 238	39 540
1987	1 234,4	895,5	714,2	30 523	36 423	40 970
1988	1 237,7	902,9	707,4	31 731	37 716	42 326

1) Zuordnung nach dem längsten Fall je Person. – 2) Nur Personen mit einem Beschäftigungsfall, ohne Beschäftigte in beruflicher Ausbildung und ohne Beschäftigte ohne Entgelt.

ger oder längster Beschäftigungsfall in Rheinland-Pfalz lag. Von diesen Personen waren 902 900 oder 73 % ganzjährig beschäftigt. Bringt man diesen Personenkreis in Verbindung mit den ganzjährigen Beschäftigungsfällen des Landes, dann zeigt sich, daß rund 43 900 oder 4,9 % dieser ganzjährig Beschäftigten innerhalb des Jahres ihren Arbeitsplatz mit einem zeitlich nahtlosen Übergang gewechselt haben. Diese Wechsel können sowohl im Lande als auch über die Landesgrenzen erfolgt sein. Gegenüber dem Jahr 1980 liegt die Zahl der ganzjährig Beschäftigten 1988 um 3,7 % höher. 1980 lag der Anteil dieser Arbeitnehmer, die innerhalb des Jahres den Arbeitsplatz ohne eine beschäftigungslose Zeit gewechselt hatten, mit 4,2 % unter dem Vergleichswert des Jahres 1988 (4,9 %). Von den 1,238 Millionen Beschäftigten, die 1988 Rheinland-Pfalz zugeordnet waren, hatten 334 800 eines oder mehrere Beschäftigungsverhältnisse, an deren Anfang oder Ende bzw. zwischen denen beschäftigungslose Zeiten lagen. Das waren 27 % aller Beschäftigten, 1980 betrug dieser Anteil noch 30 %. Das von allen Beschäftigten erwirtschaftete Bruttojahresentgelt belief sich 1988 auf 39,3 Mrd. DM. Der weit überwiegende Teil, nämlich 87 %, entfiel dabei auf ganzjährig beschäftigte Arbeitnehmer. Für diese errechnet sich ein durchschnittliches Jahresentgelt von 37 716 DM, für die nur einen Teil des Jahres Beschäftigten ergibt sich ein Durchschnittsentgelt von 15 591 DM.

Die bisherige Darstellung solcher Durchschnittswerte ist zwar auf die unterschiedliche Beschäftigungsdauer (ganzjährig – nicht ganzjährig) eingegangen, hat aber die tägliche Arbeitszeit nicht berücksichtigt. Dazu wird aus der Gruppe der Beschäftigten mit einer ganzjährigen Beschäftigungsdauer die Untergruppe der Vollzeitbeschäftigten hervorgehoben. Das sind Arbeitnehmer, deren arbeitsvertraglich vereinbarte Wochenarbeitszeit der tariflich festgelegten Stundenzahl von Vollbeschäftigten entspricht. Beschäftigte in beruflicher Ausbildung und Beschäftigte ohne Entgelt werden nicht einbezogen. Außerdem werden nur Beschäftigte mit einem Beschäftigungsfall berücksichtigt. Diese Vorgehensweise ermöglicht es weitgehend, Unterschiede in der jährlichen Beschäftigungsdauer und der täglichen Arbeitszeit auszuschließen. 1988 waren 78 % der ganzjährig beschäftigten Arbeitnehmer als Vollzeitarbeitskräfte eingestuft. Das für sie ermittelte durchschnittliche Jahresentgelt belief sich auf 42 326 DM. Im Jahre 1985



lag es bei 38 278 DM, eine Steigerung um rund 11 %. Weitere Untergliederungen der Gruppe der ganzjährig Vollzeitbeschäftigten, z. B. nach Wirtschaftszweigen oder nach Ausbildung, zeigen die großen Abweichungen von diesem Durchschnittswert auf.

Diese und weitere Untersuchungen in regionaler, sektoraler und beruflicher Gliederung der Daten des

Jahreszeitraum-Materials werden folgen. Die hier dargestellten Ergebnisse sollten nur die methodischen Einführungen ergänzen und einen Einblick in die Auswertungsmöglichkeiten dieses Teils der Beschäftigtenstatistik geben.

Diplom-Volkswirt Helmut Kollmar

## Verdienste in der Industrie und im Dienstleistungsbereich

Auf der Grundlage des Gesetzes über die Lohnstatistik vom 18. Mai 1957 erfolgt in der Industrie und in den Dienstleistungsbereichen Handel, Kreditinstitute sowie Versicherungsgewerbe in den Monaten Januar, April, Juli und Oktober eine Verdiensterhebung. Diese gibt Auskunft über die Höhe und die Entwicklung der laufenden Bruttolöhne und -gehälter von Arbeitern und Angestellten. Es werden nicht individuelle Verdienstangaben erfragt, sondern zusammengefaßte Verdienstangaben

Durchschnittlicher Bruttostundenverdienst eines Arbeiters in der Industrie<sup>1)</sup> nach Geschlecht von 1970 bis 1991

Jahr	Insgesamt		Männer		Frauen	
	Bruttostundenverdienst	Veränderung gegenüber dem Vorjahr	Bruttostundenverdienst	Veränderung gegenüber dem Vorjahr	Bruttostundenverdienst	Veränderung gegenüber dem Vorjahr
	DM	%	DM	%	DM	%
1970	5,80	15,1	6,23	15,4	4,05	13,8
1971	6,48	11,7	6,96	11,7	4,57	12,8
1972	7,08	9,3	7,60	9,2	5,02	9,8
1973	7,87	11,2	8,45	11,2	5,59	11,4
1974	8,81	11,9	9,42	11,5	6,36	13,8
1975	9,48	7,6	10,09	7,1	6,94	9,1
1976	10,12	6,8	10,76	6,6	7,40	6,6
1977	10,89	7,6	11,56	7,4	7,96	7,6
1978	11,46	5,2	12,16	5,2	8,46	6,3
1979	12,14	5,9	12,91	6,2	8,95	5,8
1980	12,94	6,6	13,72	6,3	9,57	6,9
1981	13,71	6,0	14,50	5,7	10,18	6,4
1982	14,48	5,6	15,30	5,5	10,71	5,2
1983	15,10	4,3	15,92	4,1	11,17	4,3
1984	15,49	2,6	16,32	2,5	11,52	3,1
1985	16,07	3,7	16,95	3,9	11,99	4,1
1986	16,72	4,0	17,57	3,7	12,48	4,1
1987	17,48	4,5	18,34	4,4	12,95	3,8
1988	18,24	4,3	19,14	4,4	13,40	3,5
1989	19,04	4,4	19,94	4,2	14,03	4,7
1990	20,01	5,1	20,97	5,2	14,71	4,9
1991	21,31	6,5	22,31	6,4	15,75	7,1

1) Einschließlich Hoch- und Tiefbau mit Handwerk.

von nach Qualifikationsstufen gegliederten Arbeiter- und Angestelltengruppen. Hierbei umfassen die Verdienstangaben alle den Arbeitnehmern für den Erhebungsmonat gezahlten laufenden Beträge. Einmalige oder in unregelmäßigen Abständen gezahlte Beträge (z.B. Weihnachtsgeld, Gratifikationen) bleiben unberücksichtigt.

Zur Verdiensterhebung werden in der Industrie repräsentativ ausgewählte Betriebe der Energie- und Wasserversorgung, des verarbeitenden Gewerbes und des Baugewerbes zu Angaben für Arbeiter und Angestellte herangezogen. Betriebe des Handels, des Versicherungsgewerbes sowie der Kreditinstitute werden hingegen ausschließlich zu den Angestelltenverdiensten befragt. Leitende Angestellte mit Aufsichts- und Dispositionsbefugnis, die nach dem Betriebsverfassungsgesetz nicht wählbar sind, werden dabei nicht erfaßt. Zudem werden in die Erhebung nur solche Arbeitnehmer einbezogen, die während des gesamten Erhebungsmonats beschäftigt waren. Arbeitskräfte, die im Berichtszeitraum ihren Arbeitsplatz wechselten sowie Arbeiter, die länger als drei Tage unbezahlt fehlten und Angestellte, die nicht für den ganzen Monat Gehalt bezogen haben, bleiben unberücksichtigt. Auch Teilzeitbeschäftigte und Auszubildende werden nicht berücksichtigt.

### Der Bruttostundenverdienst eines Arbeiters seit 1970 um über 250 % gestiegen

Bei den folgenden Ausführungen wird zum einen auf die Gesamtentwicklung der Bruttoverdienste seit 1970 eingegangen, zum anderen werden die aktuellen Verdienste der wichtigsten Wirtschaftsbereiche gegenübergestellt. Die hierzu jährlich nachgewiesenen Angaben basieren auf den vier Monatsergebnissen der vierteljährlichen Verdiensterhebung.

Der durchschnittliche Bruttostundenverdienst eines in der rheinland-pfälzischen Industrie beschäftigten Arbeiters (Facharbeiter, angelernter Arbeiter und Hilfsarbeiter) hat sich seit 1970 mehr als verdreifacht. Während 1970 einem männlichen Arbeiter die Arbeitsstunde mit 6,20 DM vergütet wurde, lag dieser Wert 1991 bei 22,30 DM. Dies entspricht einer Zunahme von 258 %. Der Stundenlohn der Frauen stieg im gleichen Zeitraum von gut 4 DM auf 15,70 DM (+ 289 %). Durch die höhere Zuwachsrate bei den Frauen verringerte sich der Verdienstvorsprung der männlichen Arbeiter. So lag 1970 der Bruttostundenverdienst der Frauen um 35 %, 1991 hingegen nur noch um 29 % unter dem der Männer.



Die Verdienstentwicklung der Angestellten in Industrie, im Handel sowie bei Kreditinstituten und im Versicherungsgewerbe verlief ähnlich. Von 1970 bis 1991 erhöhte sich das durchschnittliche Monatsgehalt eines männlichen Angestellten von 1 480 DM auf 5 360 DM. Hieraus errechnete sich eine Zunahme von 262 %. Ein prozentual noch stärkerer Anstieg wurde für die weiblichen Angestellten ermittelt. Ihr Monatsverdienst erhöhte sich um 337 % und stieg von 780 DM auf 3 400 DM an, wodurch sich der Verdienstvorsprung der männlichen Angestellten von 47 auf 37 % verminderte.

Nach den vorliegenden Ergebnissen erhalten sowohl bei den Arbeitern als auch bei den Angestellten die Männer immer noch eine deutlich höhere Vergütung als die Frauen. Ihre im Schnitt bessere berufliche Qualifikation ist einer der Hauptgründe hierfür. Die Ergebnisse zeigen allerdings auch, daß die Verdienstunterschiede zwischen Männern und Frauen, insbesondere bei den Angestellten, geringer geworden sind. Ein gestiegenes Ausbildungsniveau, vor allem bei den jüngeren Frauen, dürfte zu dieser Annäherung beigetragen haben.

### Hohe Verdienstzuwächse in den 70er Jahren

Die Steigerungsraten der Bruttoverdienste waren von 1970 bis 1991 keinesfalls stets gleich. So wurden in den 70er Jahren besonders hohe Zuwachsraten erzielt. In dieser Dekade nahmen die Bruttostundenverdienste der männlichen Arbeiter jährlich im Durchschnitt um 8,2 % zu, bei den Frauen lag dieser Wert sogar bei 9 %. In den 80er Jahren fielen die Steigerungsraten hingegen deutlich niedriger aus. Die männlichen Arbeiter erreichten eine durchschnittliche jährliche Zuwachsrate von 4,3 und die Frauen von 4,4 %. Seit 1990 hat die Verdienstentwicklung allerdings wieder an Dynamik gewonnen. Mit einem Anstieg des Bruttostundenverdienstes von 6,5 % bei den männlichen und 7,1 % bei den weiblichen Arbeitern wurden 1991 die Zuwachsraten der achtziger Jahre deutlich übertroffen.

In der Verdienstentwicklung weisen Angestellte und Arbeiter im jährlichen Durchschnitt der 70er und 80er Jahre und für das Jahr 1991 fast identische Steigerungsraten auf. Der Bruttomonatsverdienst eines männlichen Angestellten stieg in den 70er Jahren jährlich im Durchschnitt um 8,3 %. Die Frauen erreichten mit 9,4 % eine noch höhere jährliche Zuwachsrate. In den 80er Jahren lag dieser Wert mit 4,4 % bei den männlichen und 5,2 % bei den weiblichen Angestellten wieder erheblich niedriger. Ebenso wie die Arbeiter erzielten auch die Angestellten 1991 Zuwachsraten (Männer +6,1 %, Frauen +6,8 %), die deutlich über denen der 80er Jahre lagen.

In welchem Umfang eine Zunahme der Bruttoverdienste zu einem tatsächlichen Kaufkraftgewinn führt, hängt insbesondere von der Höhe der Preissteigerungsrate ab. In den 70er Jahren betrug die durchschnittliche jährliche Preissteigerungsrate (Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte) 5,1 % und in den 80er Jahren 2,6 %. In beiden Jahrzehnten lagen die jährlichen durchschnittlichen Zuwachsraten der Bruttoverdienste über diesen Werten. Somit sind sowohl die realen Bruttostundenverdienste der Arbeiter

Durchschnittlicher Bruttomonatsverdienst eines Angestellten in der Industrie<sup>1)</sup> und im Dienstleistungsbereich nach Geschlecht von 1970 bis 1991

Jahr	Insgesamt		Männer		Frauen	
	Bruttomonatsverdienst	Veränderung gegenüber dem Vorjahr	Bruttomonatsverdienst	Veränderung gegenüber dem Vorjahr	Bruttomonatsverdienst	Veränderung gegenüber dem Vorjahr
	DM	%	DM	%	DM	%
1970	1 173	12,7	1 481	12,8	778	12,9
1971	1 304	11,2	1 642	10,9	870	11,8
1972	1 423	9,1	1 785	8,7	961	10,5
1973	1 629	14,5	2 023	13,3	1 092	13,6
1974	1 835	12,6	2 252	11,3	1 260	15,4
1975	1 982	8,0	2 412	7,1	1 372	8,9
1976	2 112	6,6	2 559	6,1	1 468	7,0
1977	2 270	7,5	2 747	7,3	1 580	7,6
1978	2 408	6,1	2 899	5,5	1 684	6,6
1979	2 544	5,6	3 058	5,5	1 789	6,2
1980	2 743	7,8	3 299	7,9	1 916	7,1
1981	2 902	5,8	3 474	5,3	2 038	6,4
1982	3 069	5,8	3 664	5,5	2 160	6,0
1983	3 236	5,4	3 819	4,2	2 290	6,0
1984	3 381	4,5	3 959	3,7	2 408	5,2
1985	3 525	4,3	4 111	3,8	2 520	4,7
1986	3 691	4,7	4 294	4,5	2 639	4,7
1987	3 858	4,5	4 464	4,0	2 766	4,8
1988	4 039	4,7	4 665	4,5	2 883	4,2
1989	4 201	4,0	4 836	3,7	3 011	4,4
1990	4 412	5,0	5 057	4,6	3 180	5,6
1991	4 695	6,4	5 363	6,1	3 397	6,8

Einschließlich Hoch- und Tiefbau mit Handwerk.

als auch die realen Bruttomonatsverdienste der Angestellten gestiegen.

### Bruttoverdienste der rheinland-pfälzischen Arbeiter und Angestellten im Vergleich zum Bundesgebiet überdurchschnittlich gestiegen

1990 lag der durchschnittliche Bruttostundenverdienst eines männlichen Arbeiters in Rheinland-Pfalz mit 20,97 DM knapp 1 % unter dem Durchschnittswert des Bundesgebietes (ohne die neuen Bundesländer) von 21,17 DM. Bei den weiblichen Arbeitern betrug die Differenz 4,5 %. Gegenüber den vorangegangenen Jahren sind die Unterschiede allerdings zurückgegangen. So waren 1970 die Abstände mit - 4,0 % bei den männlichen und mit - 9,8 % bei den weiblichen Arbeitern noch deutlich ausgeprägter.

Auch die Bruttomonatsgehälter der rheinland-pfälzischen Angestellten haben im Bundesvergleich überdurchschnittlich zugenommen. Dies gilt insbesondere für die weiblichen Angestellten. Der Abstand ihres



## Durchschnittlicher Bruttostundenverdienst eines Arbeiters in der Industrie 1991

Wirtschaftsbereich	Insgesamt		Männer		Frauen	
	Brutto- stunden- verdienst	Veränderung gegenüber dem Vorjahr	Brutto- stunden- verdienst	Veränderung gegenüber dem Vorjahr	Brutto- stunden- verdienst	Veränderung gegenüber dem Vorjahr
	DM	%	DM	%	DM	%
Industrie <sup>1)</sup>	21,31	6,5	22,31	6,4	15,75	6,7
Industrie (ohne Bauindustrie)	21,32	6,4	22,47	6,2	15,75	6,7
Elektrizitäts-, Gas-, Wasserversorgung	23,76	4,5	23,88	4,6	18,75	6,3
Elektrizitätsversorgung	24,37	4,1	24,55	4,2	18,86	3,9
Grundstoff- und Produktionsgüterindustrie	23,18	6,5	23,58	6,4	17,38	6,5
Investitionsgüterindustrie	22,09	6,8	22,96	6,6	17,39	7,0
Verbrauchsgüterindustrie	18,21	7,0	20,23	6,4	14,02	6,3
Nahrungs- und Genußmittelindustrie	18,75	6,4	19,75	6,0	14,98	6,9
Hoch- und Tiefbau mit Handwerk	21,35	7,5	21,35	7,5	–	–

1) Einschließlich Hoch- und Tiefbau mit Handwerk.

durchschnittlichen Bruttomonatsgehaltes zu dem vergleichbaren Bundeswert verringerte sich von 1970 bis 1990 von – 16 auf – 2,6 %. Die männlichen Angestellten in Rheinland-Pfalz lagen 1990 mit einem Bruttomonatsverdienst von 5 057 DM sogar geringfügig über dem Durchschnittswert für das Bundesgebiet (5 037 DM).

### Bruttostundenverdienste der Arbeiter im Baugewerbe stiegen 1991 am stärksten

Die Steigerungsraten der durchschnittlichen Bruttostundenverdienste in den einzelnen Wirtschaftsbereichen waren 1991 in Rheinland-Pfalz zum Teil recht unterschiedlich. Für die männlichen Arbeiter wurden in der Bauwirtschaft die höchsten Zuwachsraten erzielt. Ihr effektiver Bruttostundenverdienst stieg 1991 um 7,5 % von 19,86 DM auf 21,35 DM. Der schon seit einigen Jahren andauernde hohe Auslastungsgrad der Bauwirtschaft dürfte einer der Hauptgründe hierfür sein. In allen anderen Wirtschaftsbereichen lagen die Zuwachsraten unter 7 %. Der niedrigste Anstieg wurde

mit 4,2 % für die in der Elektrizitätswirtschaft beschäftigten männlichen Arbeiter ermittelt.

Trotz der geringen Zuwachsrate in der Elektrizitätswirtschaft weisen deren Arbeiter mit 24,55 DM die höchsten durchschnittlichen Bruttostundenverdienste auf. Dies ist in erster Linie auf den hohen Facharbeiteranteil in diesem Bereich zurückzuführen. So waren im Oktober 1991 von allen männlichen Arbeitern in der Elektrizitätswirtschaft rund 95 % als qualifizierte und folglich gut bezahlte Facharbeiter tätig. Kein anderer Wirtschaftszweig weist einen ähnlich hohen Facharbeiteranteil auf. In der gesamten Industrie einschließlich Hoch- und Tiefbau lag diese Quote mit rund 55 % deutlich niedriger.

### Hohe Anteile der Frauen in den Wirtschaftsbereichen mit geringen Stundenverdiensten

Auch bei den weiblichen Arbeitern weisen die Zuwachsraten der durchschnittlichen Bruttostunden-

## Durchschnittlicher Bruttomonatsverdienst eines Angestellten in der Industrie und im Dienstleistungsbereich 1991

Wirtschaftsbereich	Insgesamt		Männer		Frauen	
	Brutto- monats- verdienst	Veränderung gegenüber dem Vorjahr	Brutto- monats- verdienst	Veränderung gegenüber dem Vorjahr	Brutto- monats- verdienst	Veränderung gegenüber dem Vorjahr
	DM	%	DM	%	DM	%
Industrie <sup>1)</sup> , Handel, Kreditinstitute und Versicherungsgewerbe	4 695	6,4	5 363	6,1	3 397	6,8
Industrie <sup>1)</sup>	5 252	6,3	5 746	6,0	3 803	7,0
Industrie (ohne Bauindustrie)	5 264	6,3	5 758	6,0	3 832	7,2
Elektrizitäts-, Gas- und Wasserversorgung	4 879	4,9	5 250	5,0	3 665	4,3
Grundstoff- und Produktionsgüterindustrie	5 716	6,5	6 136	6,4	4 372	7,5
Investitionsgüterindustrie	5 196	6,6	5 686	6,1	3 566	7,4
Verbrauchsgüterindustrie	4 505	5,9	5 123	5,7	3 317	6,7
Nahrungs- und Genußmittelindustrie	4 634	4,5	5 116	4,5	3 548	5,4
Hoch- und Tiefbau mit Handwerk	5 016	6,5	5 533	6,3	3 149	4,7
Handel, Kredit- und Versicherungsgewerbe darunter	3 576	5,5	4 188	5,0	2 992	6,0
Großhandel	3 464	7,6	3 882	6,2	2 681	6,2
Einzelhandel	2 917	3,5	3 610	1,8	2 532	4,6
Kreditinstitute	4 125	5,7	4 666	5,7	3 528	6,1
Versicherungsgewerbe	4 099	5,4	4 477	4,7	3 763	6,6

1) Einschließlich Hoch- und Tiefbau mit Handwerk.



verdienste in den einzelnen Wirtschaftsbereichen Unterschiede auf. Mit 3,9 % lagen sie 1991 in der Elektrizitätswirtschaft am niedrigsten und mit 7 % in der Investitionsgüterindustrie am höchsten.

An der Spitze der Lohnskala standen, wie schon bei den männlichen Arbeitern, die in der Elektrizitätswirtschaft beschäftigten Frauen. Ihnen wurde 1991 die Arbeitsstunde im Durchschnitt mit 18,86 DM vergütet. Die niedrigsten Bruttostundenverdienste hatten die in der Verbrauchsgüterindustrie (14,02 DM) sowie in der Nahrungs- und Genussmittelindustrie (14,98 DM) arbeitenden Frauen. Auch die dort beschäftigten männlichen Arbeiter lagen mit ihrem Bruttostundenverdienst im unteren Bereich der Lohnskala. Im Vergleich zu ihren männlichen Kollegen sind die Frauen allerdings sehr häufig in Bereichen der Industrie tätig, die eine geringe Vergütung aufweisen. Dies gilt insbesondere für die Verbrauchsgüterindustrie. Während von der Gesamtzahl der männlichen Arbeiter in der Industrie im Oktober 1991 lediglich 17 % in diesem Bereich einer Arbeit nachgingen, waren es mit 46 % fast die Hälfte aller Arbeiterinnen.

### **Monatsgehälter in der Grundstoff- und Produktionsgüterindustrie am höchsten**

Wie in den vorangegangenen Jahren, erzielten 1991 die Angestellten in der Grundstoff- und Produktionsgüterindustrie wiederum die höchsten durchschnittlichen Bruttomonatsgehälter. Dies trifft sowohl für die männlichen (6 136 DM) als auch für die weiblichen Angestellten (4 372 DM) zu. In diesem Bereich wurden 1991 zudem die höchsten Steigerungsraten errechnet. Der

Verdienst der dort beschäftigten männlichen Angestellten stieg gegenüber dem Vorjahr um 6,4 %, bei den Frauen um 7,5 %.

Die niedrigsten Bruttomonatsgehälter wurden hingegen in der Verbrauchsgüterindustrie sowie in der Nahrungs- und Genussmittelindustrie erzielt. In beiden Bereichen lag das durchschnittliche Bruttomonatsgehalt der männlichen Angestellten knapp über 5 100 DM. Auch die dort beschäftigten Frauen bezogen unter dem Durchschnitt liegende Monatsgehälter. Die im Hoch- und Tiefbau angestellten Frauen erhielten mit knapp 3 000 DM im Durchschnitt eine noch geringere Vergütung.

Von den Dienstleistungsbereichen weist der Einzelhandel sowohl für die männlichen (3 610 DM) als auch für die weiblichen Angestellten (2 532 DM) die niedrigsten Monatsverdienste auf. Die höchsten Bruttomonatsgehälter wurden im Versicherungsgewerbe verdient. Das Gehalt eines dort beschäftigten männlichen Angestellten betrug im Durchschnitt 4 477 DM (Frauen 3 763 DM).

Einer der Gründe für die niedrige Bezahlung im Einzelhandel dürften die vergleichsweise geringen Qualifikationsanforderungen an die dort beschäftigten Angestellten sein. Während beispielsweise im Versicherungsgewerbe im Oktober 1991 89 % der männlichen und 64 % der weiblichen Angestellten für ihre Tätigkeiten mindestens besondere Fachkenntnisse benötigten, wurden entsprechende Fachkenntnisse im Einzelhandel von 74 % der Männer und 38 % der Frauen verlangt.

Diplom-Volkswirt Karl-Heinz Merkle

## **Ehescheidungen 1950 bis 1991**

Die Statistik der rechtskräftigen Urteile in Ehesachen wird durch das Bevölkerungsstatistikgesetz in der Fassung vom 14. März 1980 (BGBl. I S. 308) angeordnet. Die bei den Amtsgerichten bestehenden Familiengerichte melden dem Statistischen Landesamt alle Fälle gerichtlicher Ehelösungen. Diese umfassen neben den im vorliegenden Aufsatz zu behandelnden Ehescheidungen auch noch die Urteile über die Aufhebung oder die Nichtigkeit einer Ehe. Diese jedoch sind zahlenmäßig kaum von Bedeutung.

Mit Wirkung vom 1. Juli 1977 trat das Erste Gesetz zur Reform des Ehe- und Familienrechts vom 14. Juni 1976 (BGBl. I S. 1421) in Kraft. Durch dieses Gesetz wurde das Scheidungsrecht grundlegend neu geregelt. An die Stelle des bis dahin geltenden Verschuldensprinzips trat das Zerrüttungsprinzip. Einziger Scheidungsgrund ist seitdem das Scheitern der Ehe. Eine Ehe ist nach den scheidungsrechtlichen Ausführungen des Bürgerlichen Gesetzbuches (§ § 1565 ff.) als gescheitert anzusehen, wenn die Lebensgemeinschaft der Ehegatten nicht mehr besteht und nicht erwartet werden kann, daß diese sie wieder herstellen. Dabei sind je nach Ausgangslage unterschiedlich lange Trennungsfristen zu beachten, bevor eine Scheidung ausgesprochen werden kann.

### **Scheidungsrekord im Jahre 1991**

Im Jahre 1991 wurden in Rheinland-Pfalz 8 132 Ehen durch rechtskräftiges Urteil geschieden. Dies ist die seit Kriegsende mit Abstand höchste Zahl. Gegenüber dem Vorjahr errechnet sich ein Anstieg um 11 %. Zuletzt hatte es im Jahre 1982 eine zweistellige Zuwachsrate gegeben; damals wurden annähernd 13 % mehr Scheidungen registriert als im Jahr zuvor. Im Jahre 1950 waren 3 319 Ehescheidungen zu verzeichnen gewesen. Ihre Zahl erreichte 1954 mit gut 2 100 Fällen ihren bisher niedrigsten Stand nach dem Kriege, um – mit wenigen Unterbrechungen – in den folgenden Jahren anzusteigen. Bisheriger Höhepunkt war mit 7 516 Scheidungen das Jahr 1987, danach ergab sich ein Rückgang auf 7 329 Fälle im Jahre 1990.

Bezieht man die Zahl der geschiedenen Ehen auf jeweils 10 000 Einwohner – ein Vorgehen, welches nur eine relativ grobe Methode zur Ausschaltung demographischer Veränderungen im Zeitablauf oder zur Vergleichbarmachung verschiedener regionaler Einheiten sein kann –, so ergibt sich folgendes Bild: Nicht nur mit der absoluten Zahl der Fälle, sondern auch mit der Scheidungsziffer liegt das Jahr 1991 an der Spitze; je



**Scheidungsziﬀern sowie geschiedene Ehen nach der Zahl der noch lebenden minderjährigen Kinder  
nach Verwaltungsbezirken**

Verwaltungsbezirk	Geschiedene Ehen						Kinder insgesamt
	insgesamt	je 10000 Einwohner	nach der Zahl der noch lebenden minderjährigen Kinder				
			0	1	2	3 und mehr	
Kreisfreie Stadt Koblenz	317	29,1	168	101	41	7	207
Landkreise							
Ahrweiler	209	17,8	110	60	32	7	146
Altenkirchen (Ww.)	252	19,8	127	77	39	9	183
Bad Kreuznach	265	17,7	118	92	50	5	208
Birkenfeld	162	18,5	74	56	26	6	129
Cochem-Zell	71	11,4	38	19	11	3	50
Mayen-Koblenz	432	22,2	206	144	67	15	327
Neuwied	305	18,5	144	109	43	9	226
Rhein-Hunsrück-Kreis	159	16,9	74	47	34	4	127
Rhein-Lahn-Kreis	223	18,3	119	66	32	6	148
Westerwaldkreis	348	19,3	153	131	52	12	274
RB Koblenz	2 743	19,5	1 331	902	427	83	2 025
Kreisfreie Stadt Trier	221	22,5	92	76	43	10	195
Landkreise							
Bernkastel-Wittlich	211	19,4	83	79	35	14	196
Bitburg-Prm	221	24,1	120	55	38	8	156
Daun	90	15,2	43	22	18	7	83
Trier-Saarburg	258	20,2	116	88	39	15	214
RB Trier	1 001	20,6	454	320	173	54	844
Kreisfreie Stdte							
Frankenthal (Pfalz)	128	27,3	55	53	16	4	97
Kaiserslautern	257	25,8	134	73	38	12	191
Landau i. d. Pfalz	96	25,5	42	31	17	6	84
Ludwigshafen a. Rhein	405	24,7	194	128	67	16	312
Mainz	556	30,8	312	147	81	16	362
Neustadt a. d. Weinstr.	127	24,3	68	33	19	7	97
Pirmasens	140	29,4	64	47	21	8	115
Speyer	116	24,7	64	31	15	6	80
Worms	255	33,1	128	78	40	9	187
Zweibrcken	127	37,3	65	41	15	6	91
Landkreise							
Alzey-Worms	206	19,4	103	72	24	7	145
Bad Drkheim	230	18,4	105	86	36	3	168
Donnersbergkreis	135	19,2	60	43	27	5	112
Germersheim	208	18,8	87	64	40	17	196
Kaiserslautern	248	24,5	98	106	34	10	205
Kusel	128	16,6	52	47	23	6	112
Sdliche Weinstrae	184	18,1	87	55	37	5	146
Ludwigshafen	300	22,0	165	79	44	12	205
Mainz-Bingen	363	20,9	185	108	62	8	260
Pirmasens	179	17,7	86	53	33	7	140
RB Rheinhessen-Pfalz	4 388	23,2	2 154	1 375	689	170	3 305
Rheinland-Pfalz	8 132	21,5	3 939	2 597	1 289	307	6 174
Kreisfreie Städte	2 745	27,6	1 386	839	413	107	2 018
Landkreise	5 387	19,3	2 553	1 758	876	200	4 156



10 000 Einwohner errechnen sich 21,5 gescheiterte Ehen. Mit einer Ziffer von 20,8 wurde der zweithöchste Wert seit 1950 für 1987 ermittelt, gefolgt von den Jahren 1988 (20,5) sowie 1986 und 1989 (je 20,4). Gemessen an der Scheidungsziffer hat sich die Scheidungshäufigkeit im Jahre 1991 gegenüber 1950 (11,2) fast verdoppelt. Die niedrigsten Werte errechnen sich mit Ziffern von je 6,7 für die Jahre 1955 und 1960. Betrachtet man den Zeitraum seit 1980, so liegen die Scheidungsziffern in Rheinland-Pfalz im Vergleich zum Bundesgebiet insgesamt (nur alte Länder) in allen Jahren außer 1986 und 1990 – für 1991 liegen noch keine Bundeszahlen vor – unter denen für das Bundesgebiet. Für 1989 ist die Ziffer identisch.

Anteil der vom Mann beantragten Scheidungsverfahren steigt

Eine Ehe kann nur durch gerichtliches Urteil auf Antrag eines oder beider Ehegatten geschieden werden (§ 1564 BGB). 1991 wurde über die Hälfte der Scheidungsverfahren (55 %) allein von der Frau beantragt, fast jede dritte Scheidung wurde vom Mann eingereicht. In 13 % der Fälle ging die Initiative von beiden Ehepartnern aus. Bei einem Vergleich der Zeitreihe fällt auf, daß der Anteil der vom Mann beantragten Scheidungsverfahren gestiegen ist. 1981 lag er noch bei 28 % gegenüber 32 % im Jahr 1991.

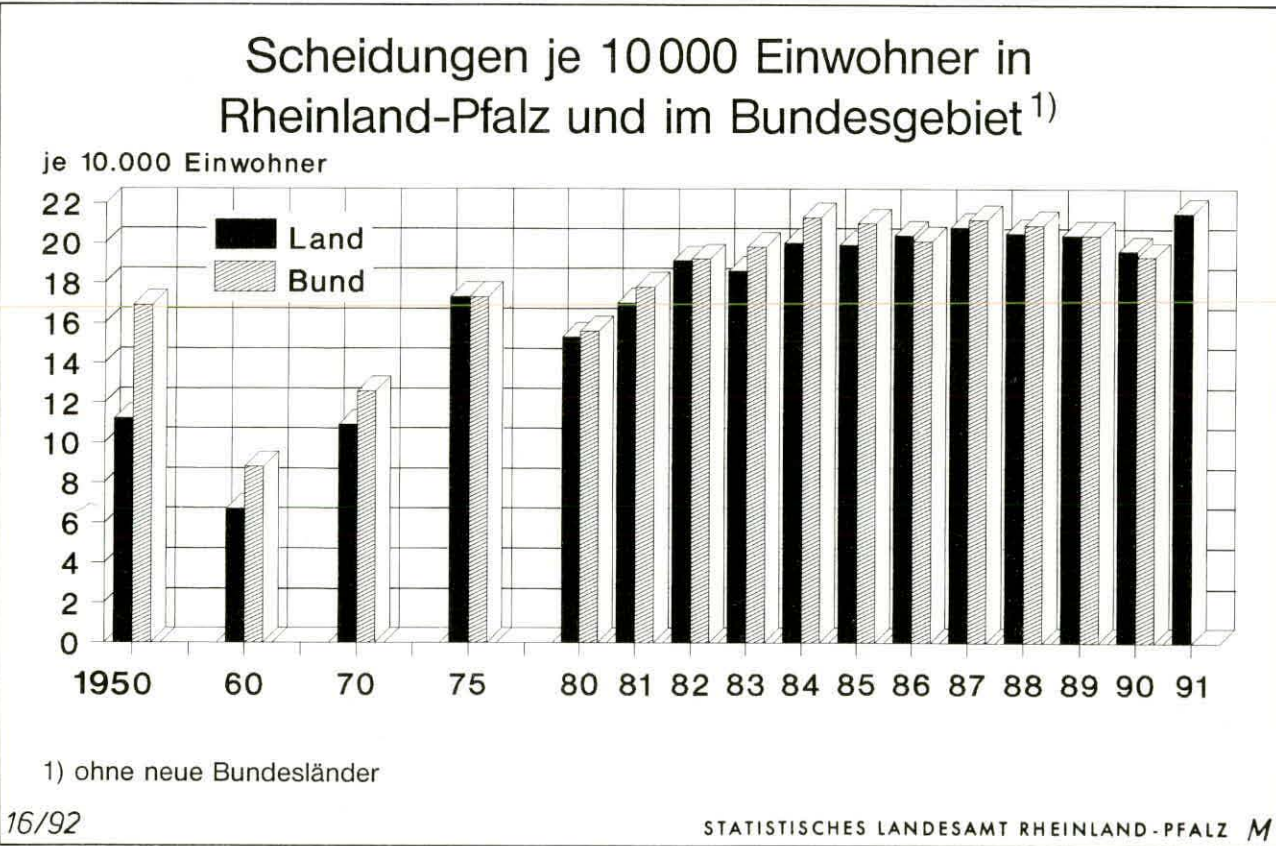
Deutliche Verschiebungen zeigen sich ebenfalls bei der Häufigkeitsverteilung für die der Scheidung zugrunde liegenden Rechtsvorschriften. Danach wird eine Ehe geschieden, wenn sie gescheitert ist. Dieses Scheitern wird unwiderlegbar vermutet, wenn die Ehegatten seit einem Jahr getrennt leben und beide die Scheidung

Ehescheidungen 1950 – 1991 in Rheinland-Pfalz und im Bundesgebiet <sup>1)</sup>

Jahr	Rheinland-Pfalz			Bundesgebiet		
	insgesamt	je 10 000 Einwohner	je 10 000 verheiratete Frauen	insgesamt	je 10 000 Einwohner	je 10 000 verheiratete Frauen
1950	3 319	11,2	48,3	84 740	16,9	67,5
1955	2 197	6,7	·	48 277	9,2	·
1960	2 270	6,7	27,1	48 878	8,8	35,0
1965	2 850	8,0	·	58 728	10,0	39,2
1970	3 989	10,9	43,9	76 520	12,6	50,9
1975	6 357	17,3	68,7	106 829	17,3	67,4
1980	5 579	15,3	60,0	96 222	15,6	61,3
1981	6 172	17,0	66,3	109 520	17,8	70,2
1982	6 965	19,1	74,9	118 483	19,2	78,4
1983	6 747	18,6	72,7	121 317	19,8	80,6
1984	7 266	20,0	78,5	130 744	21,3	87,1
1985	7 215	19,9	78,2	128 124	21,0	86,1
1986	7 354	20,4	79,8	122 443	20,1	82,6
1987	7 516	20,8	81,5	129 850	21,2	87,6
1988	7 463	20,5	80,8	128 729	20,9	86,6
1989	7 467	20,4	79,9	126 628	20,4	84,6
1990	7 329	19,6	77,3	122 869	19,3	81,0
1991	8 132	21,5	·	·	·	·

1) Gebietsstand 2. Oktober 1990.

beantragen oder der Antragsgegner der Scheidung zustimmt. 1991 wurden 6 355 (78 %) Ehen einverständlich nach einjähriger Trennung geschieden, zehn Jahre zuvor waren es 51 %. 742 Ehen (9 %) wurden nach einjähriger Trennung ohne Einverständnis des Antrags-

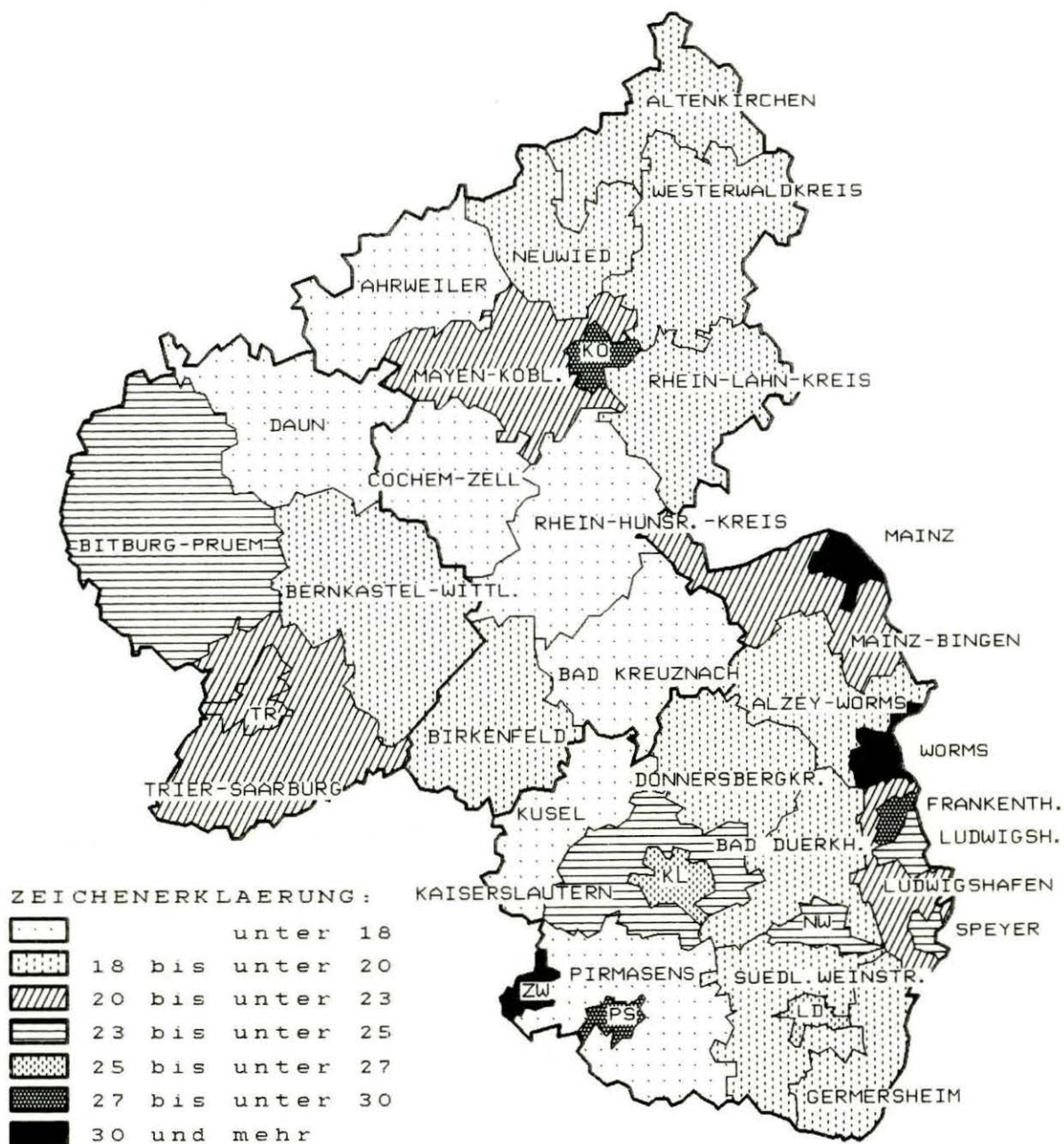




gegners geschieden, da diese nach Auffassung des Familienrichters als gescheitert anzusehen waren. Gegenüber 1981, als noch 28 % der Urteile auf dieser Entscheidung beruhten, hat diese Variante stark an Bedeutung verloren. Das gilt auch für die Ausnahmeregelung, nach der eine Ehe vor Ablauf des Trennungsjahres geschieden werden kann, wenn die Fortsetzung der Ehe für den Antragsteller eine unzumutbare Härte darstellen würde. 1991 fußen 4 % der Scheidungen auf dieser Vorschrift, 1981 hatte der Anteil bei 14 % ge-

gen. 674 Ehepaare (8 %) wurden nach dreijährigem Getrenntleben geschieden, da damit die Zerrüttung der Ehe vom Gesetz als erwiesen angesehen wird. Ein Grund für die zunehmende Zahl der einverständlichen Scheidungen dürfte in der wirtschaftlichen Unabhängigkeit beider Ehegatten zu sehen sein. Gegenüber früher, als die finanzielle Versorgung in erster Linie durch den Mann sichergestellt wurde, hat die zunehmende Berufstätigkeit der Frauen die Trennung einer Ehe wesentlich erleichtert.

## Scheidungen 1991 je 10 000 Einwohner nach Verwaltungsbezirken





Scheidungsalter steigt

Die Gliederung der Geschiedenen nach ihrem Alter zum Zeitpunkt der Scheidung ergibt einen Schwerpunkt bei den jungen bis mittleren Altersgruppen. So waren 1991 mehr als 60 % der geschiedenen Männer jünger als 40 Jahre, jeder Vierte zwischen 40 und 50 Jahren. Die meisten geschiedenen Ehemänner gehörten 1991 der Altersgruppe der 30- bis 35-jährigen mit einem Anteil von 22 % an. Im Jahr 1981 wies dagegen die Gruppe der 25- bis 30-jährigen mit einem Anteil von 24 % die stärkste Besetzung auf. Ursache für diese Verschiebung dürfte in erster Linie das gestiegene Heiratsalter sein. Gegenüber der früheren Praxis „jung gefreit, hat nie gereut“ ist heute ein eindeutiger Trend zur späteren Eheschließung erkennbar.

Die geschiedenen Frauen weisen erfahrungsgemäß ein niedrigeres Durchschnittsalter auf. So war mehr als die Hälfte (56 %) zum Zeitpunkt der Scheidung noch keine 35 Jahre alt. Der höchste Anteil der Frauen lag 1991 wie auch zehn Jahre zuvor mit 24 bzw. 26 % in der Altersgruppe der 25- bis 30-jährigen.

Deutlich zugenommen haben auch die Scheidungen älterer Jahrgänge. Älter als fünfzig Jahre waren von den 1991 Geschiedenen bei Rechtskraft des Urteils 13 % der Männer und 8 % der Frauen. 1981 lagen die Anteile noch bei 8 bzw. 6 %.

Mehr als die Hälfte der geschiedenen Ehen bestand noch keine zehn Jahre

Von den 1991 geschiedenen Ehen hatten 71 % maximal 15 Jahre bestanden, darunter mehr als die Hälfte bis zu zehn Jahren. 28 % der Scheidungen betrafen junge Ehen mit einer Dauer von höchstens fünf Jahren. Die höchsten Raten wiesen dabei die Eheschließungsjahrgänge 1987 mit 656 Scheidungen, 1988 (583) und 1986 (569) auf. Dieser Trend hat sich gegenüber den vergangenen Jahren nur unwesentlich verändert. Das „verfluchte siebente Jahr“ ist demnach weniger scheidungsanfällig als die vorangegangenen Ehejahre. Aber auch viele Jahre bestehende Ehen werden immer häufiger getrennt. Die silberne Hochzeit hatten von den im Berichtsjahr geschiedenen Paaren 761 (9 %) bereits gefeiert. 1981 lag der entsprechende Anteil bei 6 %.

Ehescheidungen 1991 nach Altersgruppen der beiden Geschiedenen sowie der Ehedauer

Alter von ... bis unter ... Jahren	Geschiedene									
	ins- gesamt	davon mit einer Ehedauer								
		bis 5	6 – 10	11 – 15	16 – 20	21 – 25	26 – 30	31 – 40	41 – 50	51 und mehr
		Jahre								
a) Männer										
unter 20	1	1	–	–	–	–	–	–	–	–
20 – 25	282	272	10	–	–	–	–	–	–	–
25 – 30	1 378	914	450	14	–	–	–	–	–	–
30 – 35	1 829	602	857	363	7	–	–	–	–	–
35 – 40	1 585	258	462	528	329	8	–	–	–	–
40 – 45	1 205	112	192	234	417	250	–	–	–	–
45 – 50	784	64	101	92	134	298	94	1	–	–
50 – 60	884	69	80	66	85	128	295	161	–	–
60 – 70	154	21	16	7	13	11	13	57	16	–
70 und älter	30	6	5	2	3	2	2	2	7	1
Insgesamt	8 132	2 319	2 173	1 306	988	697	404	221	23	1
b) Frauen										
unter 20	20	20	–	–	–	–	–	–	–	–
20 – 25	764	680	84	–	–	–	–	–	–	–
25 – 30	1 986	975	910	101	–	–	–	–	–	–
30 – 35	1 825	357	708	656	104	–	–	–	–	–
35 – 40	1 387	145	259	359	538	86	–	–	–	–
40 – 45	967	70	104	117	242	401	33	–	–	–
45 – 50	519	31	48	37	49	150	193	11	–	–
50 – 60	547	31	48	34	46	46	165	174	3	–
60 – 70	111	10	12	1	8	13	13	36	18	–
70 und älter	6	–	–	1	1	1	–	–	2	1
Insgesamt	8 132	2 319	2 173	1 306	988	697	404	221	23	1



## Fast 6 200 Scheidungswaisen

Mitbetroffen von einer gescheiterten Ehe sind nicht zuletzt die Kinder, die dieser Verbindung entstammen. In der Statistik werden allerdings nur die Kinder erfaßt, die zum Zeitpunkt der Scheidung noch minderjährig waren. Im Jahre 1991 gab es in mehr als der Hälfte der zerbrochenen Ehen noch mindestens ein Kind im Alter bis zu 18 Jahren. Dabei hatte fast jedes dritte geschiedene Paar ein Kind, 16 % hatten zwei und knapp 4 % hatten drei oder mehr Kinder. Insgesamt wurden 6 174 Kinder zu Scheidungswaisen, darunter waren 86, die aus Familien mit mindestens fünf Kindern stammten.

Der Trend zu weniger Kindern und damit zur Kleinfamilie spiegelt sich auch in den Ergebnissen der Scheidungsstatistik wider: Zehn Jahre zuvor lag der Anteil der geschiedenen Ehen mit Kindern bei 56 %, gegenüber 52 % im Jahre 1991. Berechnet man die Zahl der betroffenen Kinder je 1 000 Ehescheidungen, so ergibt sich für 1991 eine Meßziffer von 759. 1981 lag diese Ziffer noch bei 852.

## Scheidungshäufigkeit regional sehr unterschiedlich

Hinsichtlich der Scheidungshäufigkeit, das heißt der Zahl der geschiedenen Ehen je 10 000 Einwohner, werden im Land zum Teil beträchtliche regionale Unterschiede erkennbar. Dabei zeigt sich ein deutliches Stadt-Land-Gefälle. Die Scheidungsziffer im Durchschnitt der kreisfreien Städte liegt bei 28, dagegen beträgt der Mittelwert der Landkreise 19. Spitzenwerte errechnen sich für die kreisfreien Städte Zweibrücken (37), Worms (33), Mainz (31), Pirmasens und Koblenz (je 29). Die niedrigsten Werte weisen dagegen die Landkreise Cochem-Zell (11), Daun (15), Kusel und der Rhein-Hunsrück-Kreis (je 17) auf. Die Statistik der gerichtlichen Ehelösungen vermittelt keine Informationen über Ursachen der unterschiedlichen Scheidungszahlen. Eine Tendenz zur Annäherung der regionalen Unterschiede ist unverkennbar.

Charlotte Schmidt

# Das Landesinformationssystem

## – Entwicklungen im Jahr 1991 –

### Intensivere Nutzung durch nunmehr 77 Online-Anschlüsse

Bis weit in die 80er Jahre war die Datenvermittlung des Landesinformationssystems (LIS) zentral organisiert. Zwei sogenannte Informationsstellen, eine im Statistischen Landesamt, die andere in Mainz, mit zusammen fünf Terminalanschlüssen versorgten auf Anfrage die Datenkonsumenten mit den gewünschten Informationen aus dem LIS. In den Jahren 1989 und 1990 wurden die Fachabteilungen des Statistischen Landesamtes mit eigenen Terminalanschlüssen eingebunden. Nachdem im Jahre 1990 ein benutzerfreundliches Abrufverfahren geschaffen und die für den Zugriff externer Nutzer erforderlichen Vorkehrungen zur Wahrung des Datenschutzes getroffen waren, kam es schließlich zur Anbindung von Abrufstationen vor Ort im Landtag, in der Staatskanzlei und in verschiedenen Ministerien. Diese Dezentralisierung erhöht die Zahl und Geschwindigkeit der Datenabrufe.

Ende 1991 gab es außerhalb des Statistischen Landesamtes 40 Anschlüsse an das LIS, davon 18 im Landtag, 16 in der Staatskanzlei und in den Ministerien, 6 bei nachgeordneten Behörden. Die Fachabteilungen des Statistischen Landesamtes können bereits seit längerem über 32 Terminals auf das LIS zugreifen. Mit den Stationen der zentralen Informationsstellen beläuft sich die Zahl der LIS-Terminals damit auf 77.

1991 war das erste volle Kalenderjahr unter den Bedingungen des dezentralen Datenabrufes. Damit bietet sich eine erste Gelegenheit für eine Überprüfung, ob und, wenn ja, welche Effekte von der Dezentralisierung ausgegangen sind.

### Hohe Zugriffszahlen

Die Nutzung des LIS wird sinnvollerweise über die Zahl der Zugriffe quantifiziert. Sie gibt an, wie viele der gespeicherten Daten im Verlauf eines Jahres aus der Datenbank abgefragt wurden.

Mit 45 Mill. erreichte die Zahl der Zugriffe im Jahre 1991 eine neue Rekordmarke. Zu Beginn der 80er Jahre hatte der entsprechende Wert bei knapp 10 Mill. gelegen, stieg bis 1988 auf etwa 20 Mill. und erfuhr 1989 und 1990 eine deutliche Steigerung auf 30 bzw. 36 Mill. Dieser Anstieg ist mit der Neueinspeicherung zahlreicher sachlicher Merkmale aus den Großzählungen von 1987 zu erklären. Der neuerliche Sprung um fast 10 Mill. auf den Rekordwert des Jahres 1991 läßt sich mit den Großzählungen jedoch nicht mehr begründen. Hier dürfte die breite Streuung der LIS-Terminals zu der beträchtlich erhöhten Zahl von Datenabfragen beigetragen haben.

Von diesen 45 Mill. waren 30 Mill. online-Zugriffe. 12 Mill. resultierten aus Datenbankabzügen mit Ausgabe auf Magnetbändern oder Disketten für die weitere Verwendung auf Datenverarbeitungsanlagen der Benutzer. 3 Mill. wurden zur zentralen Verarbeitung durch Grafikprogramme (GDDM) oder für besondere Analysen, berechnet durch statistische Auswertungsprogramme, bereitgestellt.

Gliedert man die online-Zugriffe nach Terminalgruppen auf, erscheinen die Fachabteilungen des Statistischen Landesamtes mit 18,6 Mill. Zugriffen (62,4 %) als stärkste Anwendergruppe. Ihre Einbindung in die LIS-Datenvermittlung mit dem Ziel der Datenausgabe an die Endbenutzer muß als äußerst erfolgreich eingestuft wer-



den. Bei den beiden zentralen Informationsstellen waren es 10 Mill. Zugriffe (33,6 %), 1,2 Mill. (4 %) erfolgten von den externen LIS-Nutzern im Landtag, in der Landesregierung und bei nachgeordneten Behörden. Auffällig ist, daß die – aus der Sicht des Statistischen Landesamtes – externen Terminalanwender nur mit 4 % am Datenumsatz aus dem LIS beteiligt sind. Die Zunahme der Datenvermittlung in der Informationsstelle in Mainz, in deren Nähe die externen Terminals überwiegend konzentriert sind, muß jedoch hinzugerechnet werden. Offensichtlich fördert die Möglichkeit des direkten Zugriffs bei den Benutzern von Landtag und Landesregierung die Kenntnis über das Informationspotential des LIS in stärkerem Maße, als dies in früheren Jahren mit Handbüchern, Datenbestandskatalogen oder Beiträgen über das LIS in den statistischen Monatsheften zu erreichen war. Damit verbunden ist eine steigende Nachfrage nach komplexeren und umfangreicheren Auswertungen der LIS-Daten, die bei der Informationsstelle in Auftrag gegeben werden.

### Standardtabellen sind sehr gefragt

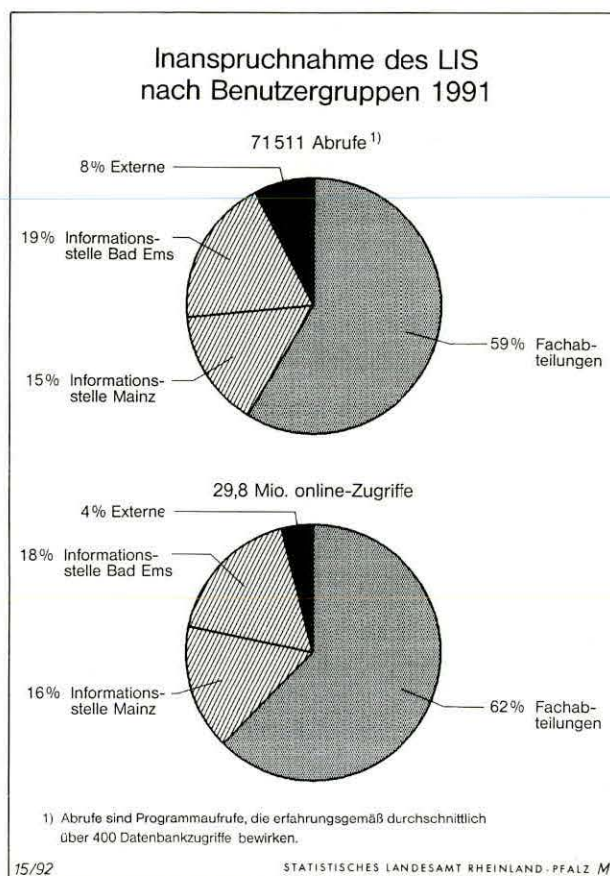
Um den unterschiedlichen Fragestellungen gerecht zu werden, stehen den Terminalanwendern zahlreiche, differenziert angelegte Abrufprogramme zur Verfügung. Dazu gehört auch ein Paket von über 600 Standardtabellen. Sie enthalten in sachlich fixiertem Rahmen thematisch zusammengehörende Merkmale aus dem LIS, die dann in der Regel wahlfrei für beliebige Jahre und / oder beliebige Gebiete am Bildschirm bzw. auf dem Drucker ausgegeben werden können. Im Jahre 1991 wurde jede der 600 Tabellen durchschnittlich 45mal abgerufen. Das entspricht einer Zahl von 27 000 Abrufen. In rund 45 000 Fällen bediente man sich der übrigen Abrufprogramme.

Vergleicht man die Datenquellen und ihren Zuspruch durch die Benutzer, spielten verständlicherweise Daten aus den Großzählungen eine große Rolle. Besonders gefragt waren Pendlerdaten, denen fast jeder vierte Zugriff galt. Im Vordergrund standen weiterhin Angaben der Bevölkerungsfortschreibung, zur Erwerbstätigkeit und Beschäftigung, Bautätigkeit und Wohnungen, Fremdenverkehr und zu kommunalen Finanzen.

### Über 100 000 Merkmale abrufbar

Als Merkmal im datenbanktechnischen Sinn ist ein sachlich fest umrissener Tatbestand (z. B. die männliche Bevölkerung im Alter von 18 bis unter 21 Jahren) für einen bestimmten Zeitraum oder Zeitpunkt (z. B. am 31.12.1990) zu verstehen. Diese sind für alle in der Datenbank gespeicherten regionalen Einheiten abrufbar. Legt man die Zahl der Gemeinden in Rheinland-Pfalz zugrunde, verbergen sich hinter jedem LIS-Merkmal über 2 300 regional differenzierte Informationen.

Die Zahl der im LIS gespeicherten Merkmale hat sich in den letzten sechs Jahren nahezu verdoppelt. Ende 1991 waren 103 000 Merkmale und damit mehr als 200 Mill. Informationen direkt abrufbar. Der Zuwachs des Datenbestandes setzt sich zusammen aus den Fortschreibungsergebnissen von bereits gespeicherten



Tatbeständen (etwa der Bevölkerung) und der Erstaufnahme bisher überhaupt noch nicht im LIS enthaltener Tatbestände.

In den Jahren 1989 und 1990, als die von vielen Benutzern lang erwarteten Ergebnisse der Großzählungen in das LIS eingelagert wurden, überstieg die Zahl der Erstaufnahmen die der Fortschreibung. Obwohl die Aufnahme der Großzählungen mittlerweile abgeschlossen war, setzte sich dieser Trend auch im Jahre 1991 fort. Die positiven Erfahrungen mit den vor Ort bei den Anwendern verfügbaren online-Abrufmöglichkeiten weckten offensichtlich den Wunsch, auf weitere Daten der amtlichen Statistik bei der täglichen Arbeit zugreifen und die Auswertungsmöglichkeiten der LIS-Abrufverfahren ausdehnen zu können. Hinzu kommt, daß das LIS über ein automatisiertes Verfahren zur Gewährleistung des Datenschutzes verfügt. Daten in das LIS einzuspeichern heißt damit auch, bei Datenlieferungen langwierige Datenschutzprüfungen in den Fachabteilungen zu vermeiden, die den Arbeits- und Zeitaufwand beträchtlich in die Höhe treiben können.

Folgende Statistiken wurden 1991 neu in die Gemeindegatedatei des LIS aufgenommen oder stark erweitert: Die Fremdenverkehrsstatistik, für die ab Januar 1991 auch Monatsergebnisse abrufbar sind, die Statistik der Straßenverkehrsunfälle, die Weinbauerhebung 1989 und die Statistiken der Baugenehmigungen, der Baufertigstellungen sowie der Fortschreibung des Wohnungsbestandes. Für die Kommunalwahlen wurde die jeweilige Sitzverteilung in den Kreis-, Stadt-, Verbandsgemeinde- und Gemeinderäten neu aufgenommen. Die Konjunkturdatei, die Zeitreihen für Rheinland-Pfalz (ohne regio-



nale Untergliederung) und das Bundesgebiet enthält, wurde um neue Merkmale des monatlichen Industrieberichtes, des Produktionsindex und der Fremdenverkehrsstatistik ergänzt.

### **Ausblick auf 1992**

Die weitere Entwicklung des Landesinformationssystems wird im Jahre 1992 zwei Schwerpunkte haben. Zum einen sind Konzepte für die Verbesserung der Abrufverfahren in Arbeit. Dazu gehört die Ergänzung des Abrufenüs um maschinell geführte und von allen Terminals aus einsehbare Datenbestands- und Definitionskataloge. Letztere dienen dem Zweck, den methodisch-systematischen Hintergrund der im LIS gespeicherten Daten zu verdeutlichen und damit die Interpretation der abgerufenen Angaben zu erleichtern. Die maschinell geführten Datenbestandskataloge sollen dagegen die Datenabfrage für die Benutzer vereinfachen und die Abrufverfahren effektiver gestalten.

Der zweite Schwerpunkt liegt in einem neuerlichen Ausbau des Merkmalbestandes. Es ist bereits jetzt abzusehen, daß, wie in den Jahren zuvor, die Zahl der Erstaufnahme von „neuen“ Tatbeständen die der Aktualisierung wieder übertreffen wird. Für 1992 ist u.a. die Aufnahme der Umsatzsteuer- und der Wohngeldstatistik vorgesehen. Mit monatlichen Daten der Fremdenverkehrsstatistik wird es 1992 auch erstmals möglich sein, einen kompletten statistischen Bericht ausschließlich auf der Basis von Daten aus dem LIS zu veröffentlichen.

Darüber hinaus wird geprüft, ob das Informationsangebot des LIS um erreichbarkeitsbezogene Strukturindikatoren erweitert werden kann. Dabei handelt es sich um infrastruktur- und versorgungsrelevante Indikatoren. Diese geben die Erreichbarkeiten auch über die Grenzen einzelner Verwaltungsgebiete hinaus an. Sie

liefern beispielsweise für einzelne Ortsgemeinden Informationen zu den Fragen: Wie weit ist das nächste Krankenhaus, das nächste Gymnasium, das nächste Einzelhandelsgeschäft usw. entfernt? Wie groß ist das Angebot an bestimmten Dienstleistungen, gemessen an der Zahl der Beschäftigten des entsprechenden Wirtschaftszweiges in einer zumutbaren Entfernung? Wie hoch ist die Zahl der erwerbsfähigen Bevölkerung im Einzugsbereich eines Gewerbestandes? Die Liste solcher nachfrage- bzw. standortbezogenen Indikatoren ließe sich beliebig fortsetzen. Hier gilt es im Einvernehmen mit den Hauptnutzern des LIS eine sinnvolle Auswahl zu treffen.

Schließlich werden auch politisch aktuelle Fragestellungen zusätzliche Datenneuaufnahmen in LIS erforderlich machen, die in groben Zügen zwar schon abzusehen, in ihren Einzelheiten aber noch nicht konkret erfaßt sind. So wurde u.a. 1991 in Rheinland-Pfalz das Ressort für die Gleichstellung von Frau und Mann geschaffen. Daraus läßt sich ableiten, daß die Untersuchung der Stellung der Geschlechter in der Gesellschaft eine entsprechende Differenzierung des LIS-Angebotes erforderlich machen wird. Die Anspannung auf dem Wohnungsmarkt verlangt eine vertiefte Analyse der Wohnungssituation einerseits und der Rahmenbedingungen für den Wohnungsbau andererseits. Nicht zuletzt ist in Rheinland-Pfalz strukturelle Vorsorge für die im Zuge der Truppenreduzierung von Standortschließungen betroffenen sogenannten Konversionsstandorte zu treffen. Das ist nicht möglich ohne eine regional differenzierte Strukturdiagnose auf der Basis statistischer Daten.

Aus den genannten Erweiterungen des Informationsangebotes erwachsen Ansprüche an das Datenvermittlungssystem der LIS, die ohne die vollzogene Dezentralisierung mit Sicherheit nicht zu erfüllen wären.

Diplom-Volkswirt Klaus-Dieter Dietrich



# Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Die mit einem Stern (\*) versehenen Angaben werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht

Berichtsmerkmal	Einheit	1989	1990			1991				1992
		Monatsdurchschnitt	November	Dezember	Januar	Oktober	November	Dezember	Januar	
<b>Bevölkerung und Erwerbs-tätigkeit</b>										
* Bevölkerung am Monatsende	1000	3 670	3 734	3 760	3 764	3 767	...	...	...	...
<b>Natürliche Bevölkerungsbewegung</b>										
* Eheschließungen <sup>1)</sup>	Anzahl	2 022	2 097	1 427	1 839	783 <sup>p</sup>	1 946 <sup>p</sup>	1 216 <sup>p</sup>	2 080 <sup>p</sup>	799 <sup>p</sup>
* je 1000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	6,6	6,7	4,6	5,8	2,4 <sup>p</sup>	6,1 <sup>p</sup>	3,9 <sup>p</sup>	6,5 <sup>p</sup>	2,5
* Lebendgeborene <sup>2)</sup>	Anzahl	3 304	3 561	3 380	3 501	3 236 <sup>p</sup>	3 686 <sup>p</sup>	...	...	...
* je 1000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	10,8	11,4	10,9	11,0	10,1 <sup>p</sup>	11,5 <sup>p</sup>	...	...	...
* Gestorbene <sup>3)</sup> (ohne Totgeborene)	Anzahl	3 545	3 651	3 548	3 975	3 576 <sup>p</sup>	3 648 <sup>p</sup>	...	...	...
* je 1000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	11,6	11,7	11,5	12,4	11,2 <sup>p</sup>	11,4 <sup>p</sup>	...	...	...
* Im 1. Lebensjahr Gestorbene <sup>3)</sup>	Anzahl	25	29	42	27	25 <sup>p</sup>	27 <sup>p</sup>	...	...	...
* je 1000 Lebendgeborene <sup>4)</sup>	Anzahl	7,7	8,2	12,1	7,4	7,1 <sup>p</sup>	7,3 <sup>p</sup>	...	...	...
* Überschuß der Geborenen bzw. Gestorbenen (-)	Anzahl	- 241	- 90	- 168	- 474	- 340 <sup>p</sup>	38 <sup>p</sup>	...	...	...
* je 1000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	- 0,8	- 0,3	- 0,5	- 1,5	- 1,1 <sup>p</sup>	0,1 <sup>p</sup>	...	...	...
<b>Wanderungen über die Landesgrenze</b>										
* Zugezogene	Anzahl	11 078	12 323	10 628	9 308	10 892	...	...	...	...
* Fortgezogene	Anzahl	6 795	7 079	7 481	5 941	7 117	...	...	...	...
* Wanderungssaldo	Anzahl	4 283	5 244	3 147	3 367	3 775	...	...	...	...
* Innerhalb des Landes Umgezogene <sup>5)</sup>	Anzahl	10 448	10 838	11 639	10 978	12 197	...	...	...	...
<b>Arbeitsmarkt</b>										
* Arbeitslose	Anzahl	101 666	93 064	80 738	89 757	92 637	75 639	77 663	86 491	93 052
* Männer	Anzahl	51 504	45 652	39 042	46 799	48 995	37 560	39 514	45 934	50 906
Ausgewählte Berufsgruppen										
Bauberufe	Anzahl	5 974	4 783	.	4 877	.	.	.	4 933	.
Industrielle und handwerkliche Berufe	Anzahl	34 227	30 495	.	29 344	.	.	.	29 396	.
Arbeitslosenquote	%	6,9	6,3	5,4	6,0	6,1	5,0	5,1	5,7	6,0
Offene Stellen	Anzahl	11 481	13 956	13 547	13 284	13 673	17 790	14 481	14 309	16 169
Ausgewählte Berufsgruppen										
Bauberufe	Anzahl	809	993	.	830	.	.	.	875	.
Industrielle und handwerkliche Berufe	Anzahl	4 348	5 419	.	4 951	.	.	.	4 816	.
Kurzarbeiter	Anzahl	4 833	4 227	4 366	1 700	6 373	8 528	8 520	7 702	8 447
Männer	Anzahl	3 620	3 289	3 324	1 253	5 334	5 951	6 126	5 844	6 800
<b>Landwirtschaft</b>										
<b>Schlachtmengen<sup>6)</sup></b>										
	t	14 014	14 754	16 244	15 597	16 810	16 069	15 842	15 320	15 112
* Rinder	t	4 151	4 786	5 689	5 361	6 378	6 259	5 891	5 672	5 392
* Kälber	t	21	26	50	60	35	40	45	52	26
* Schweine	t	9 703	9 788	10 304	9 982	10 265	9 592	9 732	9 428	9 582
<b>Milch</b>										
* Milcherzeugung	1 000 t	71	69	62	64	65	62	60	59	65
* an Molkereien geliefert	%	94,6	94,2	93,4	93,6	94,2 <sup>p</sup>	94,1	94,1	93,8	94,8
<b>Verarbeitendes Gewerbe<sup>7)</sup></b>										
Betriebe	Anzahl	2 581	2 614	2 624	2 624	2 683	2 664	2 661	2 661	2 711
* Beschäftigte	1000	373	386	391	391	392	395	394	392	391
* Arbeiter <sup>8)</sup>	1000	254	263	267	266	267	268	267	266	264
* Geleistete Arbeiterstunden	1000	34 617	35 196	36 956	32 065	36 261	37 503	35 901	31 062	35 609
Löhne und Gehälter	Mill. DM	1 497	1 608	2 010	2 057	1 577	1 689	2 121	2 170	1 654
* Löhne	Mill. DM	854	917	1 166	1 083	898	989	1 202	1 160	936
* Gehälter	Mill. DM	643	691	844	974	679	700	919	1 010	718
* Gesamtumsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	7 976	8 555	9 184	8 421	9 046	9 925	9 395	8 577	8 864
* Auslandsumsatz	Mill. DM	3 142	3 133	3 236	2 798	3 039	3 331	3 012	2 956	3 003
* Exportquote <sup>9)</sup>	%	39,4	36,6	35,2	33,2	33,6	33,6	32,1	34,5	33,9

1) Nach dem Ereignisort. – 2) Nach der Wohngemeinde der Mutter. – 3) Nach der Wohngemeinde des Verstorbenen. – 4) Unter Berücksichtigung der Geburtenentwicklung in den vorhergehenden 12 Monaten. – 5) Ohne innerhalb der Gemeinde Umgezogene. – 6) Einschl. Schlachtfette, jedoch ohne Innereien. – 7) Betriebe von Unternehmen mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten; ohne öffentliche Gas- und Elektrizitätswerke und ohne Bauindustrie. – 8) Einschl. gewerblich Auszubildender. – 9) Anteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz.



# Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Die mit einem Stern (\*) versehenen Angaben werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht

Berichtsmerkmal	Einheit	1989	1990		1991				1992
		Monatsdurchschnitt	November	Dezember	Januar	Oktober	November	Dezember	Januar
* Kohleverbrauch <sup>1)3)</sup>	1 000 t SKE	248	257	.	275	.	.	249	.
* Gasverbrauch (Erd- und Erdölgas) <sup>2)3)</sup>	Mill. m <sup>3</sup>	674	672	.	751	.	.	802	.
* Heizölverbrauch <sup>3)</sup>	1 000 t	150	131	.	137	.	.	148	.
davon									
* leichtes Heizöl	1 000 t	66	56	.	76	.	.	66	.
* schweres Heizöl	1 000 t	84	75	.	61	.	.	82	.
* Stromverbrauch	Mill. kWh	1 100	1 121	1 173	1 080	1 149	1 194	1 160	1 065
* Stromerzeugung (industr. Eigen- erzeugung)	Mill. kWh	202	198	235	232	246	220	238	246
									273
<b>Index der Nettoproduktion</b> (Kalendermonatlich)									
Verarbeitendes Gewerbe	1985 = 100	107	116	133	113	115	123	129	113
* Grundstoff- und Produktions- gütergewerbe	1985 = 100	115	119	126	111	122	125	118	97
Gewinnung und Verarbeitung von Steinen und Erden	1985 = 100	105	110	117	76	82	135	118	84
Chemische Industrie	1985 = 100	118	122	130	119	127	127	121	102
* Investitionsgüter produzierendes Gewerbe	1985 = 100	97	111	136	115	93	104	134	127
Maschinenbau; Büro- maschinen, ADV-Geräte und -Einrichtungen	1985 = 100	80	120	153	153	45	94	175	185
Straßenfahrzeugbau, Rep. von Kraftfahrzeugen usw.	1985 = 100	93	91	97	71	99	80	97	82
* Verbrauchsgüter produzierendes Gewerbe	1985 = 100	108	116	130	109	130	142	135	112
Herstellung von Schuhen	1985 = 100	67	63	59	45	73	64	61	52
* Nahrungs- und Genussmittel- gewerbe	1985 = 100	115	131	173	131	157	172	171	143
									162
<b>Öffentliche Energieversorgung</b>									
* Stromerzeugung (brutto)	Mill. kWh	399	421	488	472	478	445	506	469
Strombezug <sup>4)</sup>	Mill. kWh	2 394	2 484	3 623	3 658	2 909	3 938	3 589	3 996
Stromlieferungen <sup>4)</sup>	Mill. kWh	878	883	1 964	1 903	1 058	2 295	1 908	2 248
* Stromverbrauch <sup>5)</sup>	Mill. kWh	1 888	1 994	2 116	2 195	2 296	2 056	2 150	2 183
Gasverbrauch <sup>6)</sup>	Mill. m <sup>3</sup>	413	419	464	604	604	486	568	628
<b>Handwerk<sup>7)</sup></b>									
* Beschäftigte (Ende des Vj.)	1976 = 100	91	89	.	88	.	.	.	87
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	VjD 1976=100	158	170	.	194	.	.	.	197
<b>Bauwirtschaft und Wohnungswesen</b>									
<b>Bauhauptgewerbe</b>									
* Beschäftigte	Anzahl	60 288	61 218	61 887	61 532	60 487	61 713	61 325	60 675
Facharbeiter	Anzahl	31 393	31 745	31 606	31 625	30 800	31 263	30 790	30 564
Fachwerker und Werker	Anzahl	14 422	14 907	15 382	14 983	14 791	16 206	16 356	15 964
* Geleistete Arbeitsstunden	1 000	7 071	7 077	7 425	5 096	5 728	7 854	6 943	4 965
Privater Bau	1 000	4 449	4 635	4 875	3 522	3 910	4 959	4 430	3 209
* Wohnungsbau	1 000	2 509	2 659	2 807	2 030	2 282	2 793	2 539	1 794
Landwirtschaftlicher Bau	1 000	56	55	175	43	16	14	9	5
* Gewerblicher und industrieller Bau	1 000	1 884	1 921	1 893	1 449	1 612	2 152	1 882	1 410
* Öffentlicher und Verkehrsbau	1 000	2 622	2 442	2 550	1 574	1 818	2 895	2 513	1 756
Hochbau	1 000	625	523	553	335	505	591	527	356
Tiefbau	1 000	1 997	1 919	1 997	1 239	1 313	2 304	1 986	1 400
Straßenbau	1 000	1 062	995	1 049	649	614	1 234	1 012	715
Löhne und Gehälter	Mill. DM	196	212	293	209	188	237	315	240
* Löhne	Mill. DM	161	173	240	164	150	194	254	190
* Gehälter	Mill. DM	35	39	53	45	38	43	61	50
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	609	661	807	798	492	822	847	916
									640

1) 1 t Steinkohleneinheit (1 t SKE) = 1 t Steinkohle oder -briketts = 1,03 t Steinkohlenkoks = 14,5 t Braunkohlenkohlenbriketts = 3,85 t Rohbraunkohle. – 2) Umgerechnet auf einen oberen Heizwert (Ho) von 35 169 kJ/m<sup>3</sup>. – 3) Vierteljahresergebnisse (März = 1. Vj., Juni = 2. Vj. usw.), Jahr = Vierteljahresdurchschnitt. – 4) Von bzw. an andere Bundesländer bzw. Ausland (einschl. Durchleitungen). – 5) Ohne Pumpstromverbrauch und Übertragungsverluste; ohne Eigenverbrauch der Kraftwerke. – 6) Gaserzeugung + Saldo des Gasaustauschs über die Landesgrenze. – 7) Ohne handwerkliche Nebenbetriebe.



## Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Die mit einem Stern (\*) versehenen Angaben werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht

Berichtsmerkmal	Einheit	1989	1990		1991				1992	
		Monatsdurchschnitt	November	Dezember	Januar	Oktober	November	Dezember	Januar	
<b>Baugenehmigungen</b>										
* Wohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	837	933	832	565	783	1 078	807	593	...
* mit 1 Wohnung	Anzahl	653	670	566	399	533	732	496	400	...
* mit 2 Wohnungen	Anzahl	125	164	157	89	142	168	164	101	...
* mit 3 und mehr Wohnungen	Anzahl	59	100	109	77	108	178	147	92	...
* Umbauter Raum	1 000 m <sup>3</sup>	839	1 025	909	631	909	1 076	1 105	708	...
* Wohnfläche	1 000 m <sup>2</sup>	140	175	161	112	157	194	201	126	...
Wohnräume	Anzahl	6 482	8 100	7 490	5 213	7 316	9 250	9 345	5 963	...
Veranschlagte Kosten der Bauwerke	Mill. DM	274	345	322	218	312	388	398	260	...
Bauherren										
Öffentliche Bauherren	Anzahl	3	3	3	3	2	3	3	–	...
Unternehmen	Anzahl	153	151	209	89	181	345	145	134	...
Private Haushalte	Anzahl	682	779	620	473	600	730	659	459	...
* Nichtwohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	165	169	171	112	131	208	207	120	...
* Umbauter Raum	1 000 m <sup>3</sup>	828	915	1 435	645	1 179	1 143	1 168	550	...
* Nutzfläche	1 000 m <sup>2</sup>	137	144	204	94	157	192	164	89	...
Veranschlagte Kosten der Bauwerke	Mill. DM	148	177	239	100	198	301	155	129	...
Bauherren										
Öffentliche Bauherren	Anzahl	24	25	33	15	28	24	23	18	...
Unternehmen	Anzahl	139	139	135	93	101	175	173	100	...
Private Haushalte	Anzahl	3	5	3	4	2	9	11	2	...
* Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	1 518	2 036	1 993	1 325	1 925	2 495	2 524	1 504	...
<b>Handel und Gastgewerbe</b>										
<b>Ausfuhr (Spezialhandel)</b>										
* Ausfuhr insgesamt	Mill. DM	3 013	3 013	2 997	2 536	3 088	3 298	2 977	2 729	...
* EG-Länder <sup>1)</sup>	Mill. DM	1 668	1 655	1 692	1 312	1 781	1 891	1 639	1 458	...
Belgien/Luxemburg	Mill. DM	223	223	222	177	242	255	221	196	...
Dänemark	Mill. DM	45	45	48	34	55	58	46	42	...
Frankreich	Mill. DM	432	446	438	345	527	480	416	436	...
Griechenland	Mill. DM	29	30	26	27	30	34	26	26	...
Großbritannien	Mill. DM	314	285	290	251	267	377	310	225	...
Irland	Mill. DM	12	12	11	10	14	10	10	9	...
Italien	Mill. DM	274	273	299	200	279	297	266	223	...
Niederlande	Mill. DM	209	210	216	170	224	224	198	173	...
Spanien	Mill. DM	106	108	115	81	117	129	117	103	...
Portugal	Mill. DM	23	23	28	17	27	26	29	25	...
USA und Kanada	Mill. DM	204	205	166	145	186	210	198	158	...
Japan	Mill. DM	70	66	70	74	73	64	88	62	...
Entwicklungsländer	Mill. DM	351	397	423	424	373	443	406	456	...
Staatshandelsländer	Mill. DM	147	120	114	98	122	108	110	131	...
<b>Einfuhr (Generalhandel)</b>										
Einfuhr insgesamt	Mill. DM	1 873	2 047	2 313	2 111	2 353	2 450	2 354	2 056	...
EG-Länder <sup>1)</sup>	Mill. DM	1 042	1 155	1 346	1 212	1 377	1 411	1 376	1 236	...
Belgien/Luxemburg	Mill. DM	203	224	249	224	293	296	321	257	...
Dänemark	Mill. DM	26	30	40	27	45	60	49	47	...
Frankreich	Mill. DM	241	282	314	286	296	331	329	301	...
Griechenland	Mill. DM	8	8	7	7	6	9	8	5	...
Großbritannien	Mill. DM	88	96	106	120	108	118	111	109	...
Irland	Mill. DM	8	11	13	10	14	13	9	13	...
Italien	Mill. DM	177	195	240	213	221	199	197	178	...
Niederlande	Mill. DM	212	213	265	203	258	258	223	234	...
Spanien	Mill. DM	63	80	92	106	112	107	109	75	...
Portugal	Mill. DM	17	17	20	16	23	21	19	16	...
USA und Kanada	Mill. DM	146	142	127	138	173	171	161	145	...
Japan	Mill. DM	108	100	117	76	114	110	157	76	...
Entwicklungsländer	Mill. DM	266	287	307	295	295	313	288	235	...
Staatshandelsländer	Mill. DM	62	78	98	83	92	105	100	85	...

1) Nach dem Stand vom 1. 1. 1986.



# Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Die mit einem Stern (\*) versehenen Angaben werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht

Berichtsmerkmal	Einheit	1989	1990		1991				1992	
		Monatsdurchschnitt	November	Dezember	Januar	Oktober	November	Dezember	Januar	
<b>Einzelhandel</b>										
Beschäftigte	1986 = 100	104	103	103	104	102	103	102	103	...
* Umsatz zu jeweiligen Preisen	1986 = 100	113	119	130	146	115	133	134	150	...
<b>Großhandel</b>										
Beschäftigte	1986 = 100	98	107	109	108	109	112	112	112	...
Umsatz zu jeweiligen Preisen	1986 = 100	108	116	133	125	127	145	133	127	...
<b>Gastgewerbe</b>										
Beschäftigte	1986 = 100	102	96	93	95	84	97	91	90	...
Teilbeschäftigte	1986 = 100	110	99	97	103	87	101	95	92	...
* Umsatz zu jeweiligen Preisen	1986 = 100	106	106	98	104	81	127	103	102	...
Beherbergungsgewerbe	1986 = 100	111	111	99	97	76	146	107	95	...
Gaststättengewerbe	1986 = 100	103	103	97	111	84	113	101	107	...
<b>Fremdenverkehr</b> in allen Berichtsgemeinden										
* Fremdenmeldungen	1 000	506	516	407	307	258	841	400	285	...
* Ausländer	1 000	120	122	66	55	51	152	66	57	...
* Fremdenübernachtungen	1 000	1 719	1 757	1 270	1 096	917	2 778	1 329	1 083	...
* Ausländer	1 000	382	386	192	200	158	480	199	205	...
<b>Verkehr</b>										
<b>Binnenschifffahrt</b>										
* Güterempfang	1 000 t	1 505	1 509	1 633	1 355	1 521	...	...	...	...
* Güterversand	1 000 t	935	931	999	828	750	...	...	...	...
<b>Straßenverkehr</b>										
* Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge	Anzahl	14 665	15 289	15 294	11 121	17 870	14 600	12 631	9 722	16 231
Krafträder	Anzahl	501	564	122	49	195	173	65	52	202
* Personen- und Kombinationskraftwagen	Anzahl	13 215	13 731	14 292	10 321	16 612	13 348	11 601	8 661	15 045
* Lastkraftwagen	Anzahl	618	662	652	530	804	812	755	752	739
Zugmaschinen	Anzahl	202	197	134	120	157	151	98	133	129
<b>Straßenverkehrsunfälle</b>										
Anzahl	Anzahl	10 594	10 466	10 818	11 167	9 622	10 950	10 955	10 073 <sup>p</sup>	8 123 <sup>p</sup>
* Unfälle mit Personenschaden	Anzahl	1 651	1 601	1 488	1 311	1 222	1 565	1 431	1 246 <sup>p</sup>	1 079 <sup>p</sup>
Unfälle mit nur Sachschaden	Anzahl	8 943	8 865	9 330	9 856	8 400	9 385	9 524	8 827 <sup>p</sup>	7 044 <sup>p</sup>
Verunglückte Personen	Anzahl	2 230	2 194	2 013	1 860	1 686	2 149	1 940	1 717 <sup>p</sup>	1 503 <sup>p</sup>
* Getötete	Anzahl	42	44	38	34	32	40	34	46 <sup>p</sup>	41 <sup>p</sup>
Pkw-Insassen	Anzahl	25	28	23	26	17	29	20	27 <sup>p</sup>	31 <sup>p</sup>
Benutzer motorisierter Zweiräder	Anzahl	6	7	4	1	1	2	2	1 <sup>p</sup>	1 <sup>p</sup>
Radfahrer	Anzahl	2	2	2	-	1	2	1	2 <sup>p</sup>	2 <sup>p</sup>
Fußgänger	Anzahl	8	6	8	7	13	6	8	14 <sup>p</sup>	6 <sup>p</sup>
Schwerverletzte	Anzahl	606	575	523	452	428	552	529	440 <sup>p</sup>	403
Pkw-Insassen	Anzahl	348	336	352	314	289	322	348	...	...
Benutzer motorisierter Zweiräder	Anzahl	110	97	45	29	19	97	42	...	...
Radfahrer	Anzahl	60	57	38	21	26	50	35	...	...
Fußgänger	Anzahl	70	64	72	75	78	64	84	...	...
<b>Geld und Kredit</b>										
<b>Zahlungsschwierigkeiten</b>										
* Konkurse <sup>1)</sup>	Anzahl	56	57	61	49	44	58	41	60	59
Angemeldete Forderungen	1 000 DM	22 644	21 884	19 734	22 896	10 700	15 266	17 281	28 016	17 826
* Vergleichsverfahren	Anzahl	0	0	-	-	-	-	-	-	-
* Wechselproteste (ohne Post)	Anzahl	454	356	320	360	436	344	311	279	-
* Wechselsumme	1 000 DM	3 117	3 163	4 838	3 325	8 305	4 761	2 766	4 038	-

1) Eröffnete und mangels Masse abgelehnte Konkurse.



## Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Die mit einem Stern (\*) versehenen Angaben werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht

Berichtsmerkmal	Einheit	1989	1990			1991				1992
		Monatsdurchschnitt	November	Dezember	Januar	Oktober	November	Dezember	Januar	
<b>Kredite und Einlagen <sup>1)</sup></b> (Stand am Jahres- bzw. Monats- ende)										
* Kredite an Nichtbanken	Mill. DM	94 423	100 419	99 216	100 419	93 531	97 802	98 346	100 048	·
* Kredite an inländ. Nichtbanken	Mill. DM	92 039	97 964	96 854	97 964	91 564	95 872	96 423	98 090	·
* Kurzfristige Kredite (bis zu 1 Jahr)	Mill. DM	16 130	17 679	17 034	17 679	17 620	19 391	19 266	20 478	·
* an Unternehmen und Privat- personen	Mill. DM	15 933	17 388	16 550	17 388	17 291	18 768	18 648	19 357	·
* an öffentliche Haushalte	Mill. DM	197	291	484	291	328	624	618	1 121	·
* Mittelfristige Kredite (1 bis 4 Jahre)	Mill. DM	7 278	8 838	8 554	8 838	8 778	10 012	10 263	10 344	·
* an Unternehmen und Privat- personen	Mill. DM	6 070	6 729	6 578	6 729	6 759	7 378	7 433	7 615	·
* an öffentliche Haushalte	Mill. DM	1 207	2 109	1 976	2 109	2 019	2 634	2 830	2 729	·
* Langfristige Kredite (mehr als 4 Jahre)	Mill. DM	68 630	71 447	71 266	71 447	65 166	66 468	66 894	67 268	·
* an Unternehmen und Privat- personen	Mill. DM	57 557	59 818	59 554	59 818	56 860	58 432	58 829	59 293	·
* an öffentliche Haushalte	Mill. DM	11 073	11 628	11 712	11 628	8 306	8 037	8 064	7 975	·
* Einlagen von Nichtbanken	Mill. DM	87 693	92 721	90 616	92 721	91 406	92 169	93 932	96 418	·
* Sichteinlagen	Mill. DM	12 941	14 511	14 327	14 511	12 866	13 573	15 050	15 224	·
* Termineinlagen	Mill. DM	34 394	39 025	38 863	39 025	39 876	41 537	41 797	42 243	·
* Spareinlagen	Mill. DM	40 358	39 184	37 427	39 184	38 664	37 059	37 085	38 951	·
* Gutschriften auf Sparkonten <sup>2)</sup>	Mill. DM	1 961	3 659	2 083	3 659	3 260	1 933	1 855	4 216	·
* Lastschriften auf Sparkonten	Mill. DM	2 092	1 901	2 047	1 901	3 780	2 012	1 885	2 350	·
<b>Steuern <sup>3)</sup></b>										
<b>Steueraufkommen nach Steuerarten</b>										
* Gemeinschaftsteuern	1 000 DM	1 684 151	1 619 863	1 707 581	2 554 610	1 524 833	1 305 197	1 963 303	2 683 870	1 599 349
* Steuern vom Einkommen	1 000 DM	1 198 337	1 120 714	1 129 972	2 009 190	976 470	723 063	1 355 839	2 085 888	1 024 554
* Lohnsteuer	1 000 DM	810 867	812 781	1 065 708	1 090 911	947 522	707 957	1 233 990	1 250 904	1 039 360
Einnahmen aus der Lohn- steuererlegung	1 000 DM	147 927	148 868	446 906	–	–	–	519 213	–	–
* Veranlagte Einkommensteuer	1 000 DM	129 669	115 837	6 270	544 830	– 17 433	787	– 16 021	603 666	– 11 376
* Kapitalertragsteuer	1 000 DM	42 405	41 749	11 665	34 670	54 030	13 784	13 383	18 587	98 499
* Körperschaftsteuer	1 000 DM	215 397	150 346	46 329	338 779	– 7 649	535	124 487	212 731	– 101 929
Einnahmen aus der Körper- schaftsteuererlegung	1 000 DM	4 580	19 563	45 916	–	–	–	116 554	–	–
* Steuern vom Umsatz	1 000 DM	485 813	499 150	577 609	545 420	548 363	582 134	607 464	597 982	574 795
* Umsatzsteuer	1 000 DM	304 982	339 379	388 266	366 416	390 507	395 215	417 582	430 687	436 144
* Einfuhrumsatzsteuer	1 000 DM	180 832	159 771	189 343	179 004	157 856	186 919	189 882	167 295	138 651
* Zölle	1 000 DM	15 982	11 877	14 382	10 555	9 032	14 788	13 286	11 506	8 571
* Bundessteuern	1 000 DM	119 811	80 544	84 702	139 227	72 694	156 542	208 772	331 840	148 987
Kapitalverkehrssteuern	1 000 DM	2 501	1 859	1 640	275	1 071	1 056	8 924	623	613
* Verbrauchsteuern (ohne Bier- steuer)	1 000 DM	115 073	76 260	79 552	136 495	69 357	94 163	139 177	173 211	78 132
Solidaritätszuschlag	1 000 DM	–	–	–	–	–	56 515	55 130	154 627	67 027
* Landessteuern	1 000 DM	99 837	91 563	120 512	56 933	94 219	96 127	135 986	77 334	126 722
* Vermögensteuer	1 000 DM	24 161	21 432	60 315	5 616	6 149	2 023	61 063	5 659	6 545
* Kraftfahrzeugsteuer	1 000 DM	48 635	42 963	32 983	27 300	49 644	54 963	43 969	42 108	79 770
* Biersteuer	1 000 DM	6 349	6 392	6 792	3 095	11 156	12 766	7 404	6 596	7 596

1) Die Angaben umfassen die in Rheinland-Pfalz gelegenen Niederlassungen der zur monatlichen Bilanzstatistik berichtenden Kreditinstitute (ohne Landeszentralbank sowie Postgiro- und Postsparkassenämter); ohne durchlaufende Kredite. – 2) Einschl. Zinsgutschriften. – 3) Ohne die durch die Euro-Zoll-Kasse in Trier vereinnahmten Steuern und Abgaben.



# Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Die mit einem Stern (\*) versehenen Angaben werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht

Berichtsmerkmal	Einheit	1989	1990		1991				1992
		Monatsdurchschnitt	November	Dezember	Januar	Oktober	November	Dezember	Januar
* Gemeindesteuern <sup>1)</sup>	1 000 DM	657 925	639 479	-	686 954	-	-	700 849 <sup>p</sup>	-
* Grundsteuer A	1 000 DM	8 297	8 102	-	9 633	-	-	7 205 <sup>p</sup>	-
* Grundsteuer B	1 000 DM	101 130	104 286	-	118 605	-	-	93 244 <sup>p</sup>	-
* Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital (brutto)	1 000 DM	491 393	466 448	-	504 414	-	-	539 218	-
Grunderwerbsteuer	1 000 DM	41 661	45 384	-	41 239	-	-	49 053	-
<b>Steuerverteilung auf die Gebietskörperschaften <sup>2)</sup></b>									
* Steuereinnahmen des Bundes	1 000 DM	975 505	908 052	945 408	1 411 652	846 918	879 771	1 191 111	1 658 925
* Anteil an den Steuern vom Einkommen	1 000 DM	528 629	490 710	484 589	881 914	418 478	308 377	586 573	903 850
* Anteil an den Steuern vom Umsatz	1 000 DM	315 783	324 453	375 452	354 528	378 389	395 529	386 772	374 101
* Steuereinnahmen des Landes	1 000 DM	857 267	841 589	878 528	1 268 842	783 854	655 777	1 003 475	1 193 323
* Anteil an den Steuern vom Einkommen	1 000 DM	523 922	486 496	482 246	880 705	416 725	298 148	583 357	901 250
* Anteil an den Steuern vom Umsatz	1 000 DM	222 226	251 184	275 105	295 221	273 606	222 234	283 877	175 471
* Steuereinnahmen der Gemeinden und Gemeindeverbände <sup>1)</sup>	1 000 DM	1 009 201	989 035	-	1 078 277	-	-	1 185 844 <sup>p</sup>	-
* Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital (netto) <sup>3)</sup>	1 000 DM	419 514	398 194	-	424 564	-	-	457 061	-
* Anteil an der Lohn- und veranlagten Einkommensteuer	1 000 DM	423 154	417 809	-	501 451	-	-	567 152	-
<b>Preise</b>									
* Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte im Bundesgebiet <sup>4)</sup>	1985 = 100	104,2	107,0	108,0	108,1	108,8	112,0	112,5	112,6
* Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren	1985 = 100	102,6	105,6	105,6	106,0	106,7	108,7	109,7	110,0
* Preisindex für Wohngebäude im Bundesgebiet <sup>4)</sup> , Bauleistungen am Bauwerk <sup>5)</sup>	1985 = 100	109,4	116,4	118,6	-	-	126,5	-	-
<b>Löhne und Gehälter</b>									
<b>Arbeiter</b>									
in Industrie, Hoch- und Tiefbau									
Bruttostundenverdienste	DM	19,04	20,01	-	-	20,48	21,75	-	-
* Männliche Arbeiter	DM	19,94	20,97	-	-	21,49	22,74	-	-
* Facharbeiter	DM	20,94	22,05	-	-	22,64	23,86	-	-
* Angelernte Arbeiter	DM	19,19	20,15	-	-	20,66	21,95	-	-
* Hilfsarbeiter	DM	17,29	18,05	-	-	18,33	19,56	-	-
* Weibliche Arbeiter	DM	14,03	14,71	-	-	15,10	16,11	-	-
* Hilfsarbeiter	DM	13,95	14,60	-	-	14,93	16,00	-	-
Bezahlte Wochenarbeitszeit	Std.	40,5	39,9	-	-	39,4	39,4	-	-
* Männliche Arbeiter	Std.	40,8	40,2	-	-	39,7	39,7	-	-
* Weibliche Arbeiter	Std.	38,9	38,4	-	-	38,3	37,7	-	-
<b>Angestellte</b>									
in Industrie, Hoch- und Tiefbau									
Bruttomonatsverdienste	DM	4 731	4 942	-	-	5 075	5 350	-	-
* Kaufmännische Angestellte	DM	4 251	4 443	-	-	4 560	4 799	-	-
* männlich	DM	5 096	5 311	-	-	5 449	5 698	-	-
* weiblich	DM	3 300	3 474	-	-	3 565	3 790	-	-
* Technische Angestellte	DM	5 131	5 346	-	-	5 484	5 781	-	-
* männlich	DM	5 252	5 468	-	-	5 611	5 916	-	-
* weiblich	DM	3 723	3 924	-	-	4 054	4 297	-	-
im Handel, bei Kreditinstituten und Versicherungen									
* Kaufmännische Angestellte	DM	3 215	3 389	-	-	3 504	3 607	-	-
* männlich	DM	3 197	3 366	-	-	3 482	3 588	-	-
* weiblich	DM	3 801	3 983	-	-	4 120	4 216	-	-
	DM	2 676	2 824	-	-	2 910	3 034	-	-

1) Vierteljahresdurchschnitte bzw. Vierteljahreszahlen. – 2) Ohne die der EG zustehenden Einnahmen aus Zöllen. – 3) Nach Abzug der Gewerbesteuerumlage. – 4) Gebietsstand vor dem 3. 10. 1990. – 5) Ohne Baunebenleistungen.



## Ausgewählte Bevölkerungs- und Wirtschaftszahlen des Bundesgebietes <sup>1)</sup>

Berichtsmerkmal	Einheit	1989	1990				1991			
		Monatsdurchschnitt		Oktober	November	Dezember	September	Oktober	November	Dezember
<b>Bevölkerung und Erwerbs-tätigkeit</b>										
Bevölkerung am Monatsende	1 000	62 103	63 253	63 632	63 685	63 726	...	...	...	...
Eheschließungen <sup>2)</sup>	Anzahl	33 109 <sup>p</sup>	34 504 <sup>p</sup>	32 770 <sup>p</sup>	25 654 <sup>p</sup>	32 888 <sup>p</sup>	48 379 <sup>p</sup>	38 986 <sup>p</sup>	...	...
Lebendgeborene <sup>4)</sup>	Anzahl	56 451 <sup>p</sup>	60 303 <sup>p</sup>	66 263 <sup>p</sup>	58 845 <sup>p</sup>	55 677 <sup>p</sup>	71 674 <sup>p</sup>	68 718 <sup>p</sup>	...	...
Gestorbene <sup>5)</sup> (ohne Totgeborene)	Anzahl	57 727 <sup>p</sup>	59 142 <sup>p</sup>	60 793 <sup>p</sup>	58 256 <sup>p</sup>	60 794 <sup>p</sup>	68 275 <sup>p</sup>	74 505 <sup>p</sup>	...	...
Überschuß der Geborenen bzw. der Gestorbenen (-)	Anzahl	- 1 276 <sup>p</sup>	1 161 <sup>p</sup>	5 470 <sup>p</sup>	589 <sup>p</sup>	- 5 117 <sup>p</sup>	3 399 <sup>p</sup>	- 5 787 <sup>p</sup>	...	...
Arbeitslose	1 000	2 038	1 883	1 687	1 685	1 784	1 610	1 599	1 618	1 731
Männer	1 000	1 070	968	851	859	946	839	834	852	944
Arbeitslosenquote	%	7,9	7,2	6,5	6,4	6,8	6,0	6,0	6,0	6,5
Offene Stellen	1 000	251	314	310	295	283	341	321	299	287
Kurzarbeiter	1 000	108	56	39	49	50	133	173	204	173
Männer	1 000	91	45	28	38	41	102	133	155	134
<b>Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe <sup>6)</sup></b>										
Beschäftigte	1 000	7 213	7 411	7 503	7 505	7 469	7 554	7 525	7 511	7 457
Geleistete Arbeiterstunden	Mill.	655	666	727	699	592	671	704	671	585
Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	142 021	151 940	170 297	166 661	154 149	168 808	174 835	171 029	161 898
Auslandsumsatz	Mill. DM	43 766	44 318	46 962	45 582	42 713	45 744	46 965	46 627	45 184
Index der Nettoproduktion für das Verarbeitende Gewerbe (kalendermonatlich)	1985 = 100	113	118	131	128	113	125	132	126	114
Grundstoff- und Produktionsgüter-gewerbe	1985 = 100	109	111	119	115	97	113	121	115	96
Investitionsgüter produzierendes Gewerbe	1985 = 100	116	123	136	133	125	129	136	132	124
Verbrauchsgüter produzierendes Gewerbe	1985 = 100	111	118	136	131	107	130	137	131	114
Nahrungs- und Genußmittel-gewerbe	1985 = 100	106	119	150	146	116	130	144	137	121
<b>Öffentliche Energieversorgung</b>										
Stromerzeugung (brutto)	Mill. kWh	31 452	32 089	32 823	34 633	36 190	...	...	...	...
Gaserzeugung	Mill. m <sup>3</sup>	2 739	2 730	2 774	3 059	3 216	...	...	...	...
<b>Bauwirtschaft und Wohnungs-wesen</b>										
Bauhauptgewerbe										
Beschäftigte	1 000	999	1 034	1 059	1 056	1 045	1 074 <sup>p</sup>	1 082	1 079	...
Geleistete Arbeitsstunden	Mill.	109	112	135	118	79	128 <sup>p</sup>	134	116	...
Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	10 378	11 639	13 862	14 145	14 962	14 896 <sup>p</sup>	15 611	15 990	...
Baugenehmigungen										
Wohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	11 355	12 747	12 267	11 025	10 431	12 244 <sup>p</sup>	13 014	...	...
mit 1 und 2 Wohnungen	Anzahl	10 254	10 912	10 102	9 032	8 519	10 221 <sup>p</sup>	10 787	...	...
Wohnfläche	1 000 m <sup>2</sup>	2 018	2 572	2 642	2 424	2 383	2 556 <sup>p</sup>	2 771	...	...
Nichtwohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	2 793	2 904	3 228	2 846	2 533	3 040 <sup>p</sup>	3 233	...	...
Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	23 002	32 612	34 650	31 646	33 359	33 207 <sup>p</sup>	35 718	...	...
<b>Handel</b>										
Einzelhandel										
Umsatz zu jeweiligen Preisen	1986 = 100	113,6	125,6	136,7	142,1	157,5	124,1	143,8	145,4	161,1 <sup>p</sup>
Gastgewerbe										
Umsatz zu jeweiligen Preisen	1986 = 100	110,5	116,3	128,9	110,6	115,0	134,4	131,5	111,4 <sup>p</sup>	...

1) Gebietsstand 2. Oktober 1990. – 2) Nach dem Ereignisort. – 3) Gebietsstand 3. Oktober 1990. – 4) Nach der Wohngemeinde der Mutter. – 5) Nach der Wohngemeinde des Verstorbenen. – 6) Betriebe von Unternehmen mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten.



# Ausgewählte Bevölkerungs- und Wirtschaftszahlen des Bundesgebietes <sup>1)</sup>

Berichtsmerkmal	Einheit	1989	1990				1991			
		Monatsdurchschnitt	Oktober	November	Dezember	September	Oktober	November	Dezember	
Ausfuhr (Spezialhandel) <sup>2)</sup>	Mill. DM	53 420	53 554	59 684	54 836	48 622	53 127	...	...	...
EG-Länder insgesamt	Mill. DM	29 389	29 188	33 233	30 306	26 270	28 236	...	...	...
Belgien / Luxemburg	Mill. DM	3 832	3 980	4 523	4 093	4 318	3 944	...	...	...
Frankreich	Mill. DM	7 026	6 981	8 165	7 477	6 357	6 804	...	...	...
Großbritannien	Mill. DM	4 947	4 559	4 968	4 422	3 822	3 810	...	...	...
Italien	Mill. DM	4 984	4 998	5 641	5 226	4 200	5 028	...	...	...
Niederlande	Mill. DM	4 533	4 523	5 295	4 688	3 861	4 399	...	...	...
Einfuhr (Spezialhandel) <sup>2)</sup>	Mill. DM	42 205	45 881	53 252	54 075	47 600	51 552	...	...	...
EG-Länder insgesamt	Mill. DM	21 555	23 882	28 185	29 024	25 510	25 813	...	...	...
Belgien / Luxemburg	Mill. DM	2 914	3 313	4 146	4 137	3 457	3 622	...	...	...
Frankreich	Mill. DM	5 034	5 425	6 599	6 326	5 705	6 213	...	...	...
Großbritannien	Mill. DM	2 891	3 087	3 614	3 800	3 292	3 513	...	...	...
Italien	Mill. DM	3 766	4 319	4 884	5 168	4 591	4 451	...	...	...
Niederlande	Mill. DM	4 325	4 662	5 349	5 713	4 850	4 690	...	...	...
<b>Geld und Kredit</b> <sup>3) 4)</sup>										
(Stand am Jahres- bzw. Monatsende)										
Kredite an inländische Nichtbanken	Mrd. DM	2 411	2 815	2 755	2 771	2 815	2 975	3 003	3 037	3 086 <sup>P</sup>
Unternehmen und Privatpersonen	Mrd. DM	1 863	2 210	2 159	2 170	2 210	2 362	2 383	2 412	2 456 <sup>P</sup>
Öffentliche Haushalte	Mrd. DM	548	604	595	601	604	614	619	625	629 <sup>P</sup>
Einlagen von Nichtbanken	Mrd. DM	1 766	1 641	1 628	1 623	1 641	2 030	2 049	2 091	2 176 <sup>P</sup>
Spareinlagen	Mrd. DM	706	756	764	761	756	717	719	721	754 <sup>P</sup>
<b>Steuern</b> <sup>5)</sup>										
Gemeinschaftsteuern	Mill. DM	33 521	34 127	28 230	28 949	62 203	49 841	33 576	33 134	...
Steuern vom Einkommen	Mill. DM	22 122	21 253	14 093	13 937	45 704	36 379	17 466	17 113	...
Lohnsteuer	Mill. DM	15 153	14 799	13 973	13 775	26 672	16 917	17 214	17 033	...
Veranlagte Einkommensteuer	Mill. DM	3 067	3 043	- 212	- 118	11 117	10 774	- 163	- 51	...
Steuern vom Umsatz	Mill. DM	10 957	12 410	13 097	14 605	15 076	13 459	14 935	15 657	...
Umsatzsteuer	Mill. DM	5 666	6 612	7 056	7 666	8 159	7 684	8 224	9 921	...
Zölle	Mill. DM	566	597	617	674	745	703	714	721	...
Bundessteuern	Mill. DM	5 112	5 490	5 734	5 648	11 104	9 405	8 724	8 496	...
Versicherungsteuer	Mill. DM	349	369	226	322	177	336	359	523	...
Verbrauchssteuern (ohne Biersteuer)	Mill. DM	4 620	4 964	5 392	5 197	10 837	6 262	6 860	6 570	...
<b>Preise</b>										
Index der Einkaufspreise landwirtschaftlicher Betriebsmittel <sup>6)</sup>	1985 = 100	96,4	95,7	95,2	94,9	94,8	99,2	99,0	99,6	99,6
Index der Erzeugerpreise landwirtschaftlicher Produkte <sup>6)</sup>	1985 = 100	99,8	94,7	90,7	91,2	92,0	96,2 <sup>f</sup>	95,6	97,3 <sup>P</sup>	98,0 <sup>P</sup>
Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte <sup>6)</sup>	1985 = 100	99,3	101,0	102,1	101,8	101,5	104,3	104,4	104,3	104,1
Preisindex für Wohngebäude										
Bauleistungen insgesamt	1985 = 100	109,1	115,9	-	118,0	-	-	-	126,8	-
Bauleistungen am Bauwerk <sup>7)</sup>	1985 = 100	109,4	116,4	-	118,6	-	-	-	126,5	-
Preisindex für den Straßenbau	1985 = 100	106,6	113,2	-	115,5	-	-	-	123,3	-
Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte	1985 = 100	104,2	107,0	108,2	108,0	108,1	111,7	112,0	112,5	112,6
Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren	1985 = 100	102,6	105,6	105,5	105,6	106,0	108,6	108,7	109,7	110,0
Bekleidung, Schuhe	1985 = 100	106,0	107,5	108,1	108,6	108,7	110,7	111,0	111,5	111,6
Wohnungsmieten	1985 = 100	108,8	112,5	113,6	113,9	114,2	118,5	118,9	119,3	119,8
Energie (ohne Kraftstoffe)	1985 = 100	82,0	85,5	90,8	89,0	88,6	89,7	90,9	91,0	90,0
Übriges für die Haushaltsführung	1985 = 100	104,9	107,3	108,1	108,2	108,3	111,3	111,5	112,2	112,4
Güter für Gesundheits- und Körperpflege	1985 = 100	108,6	110,3	110,7	111,1	111,3	115,2	115,4	115,6	115,8
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	1985 = 100	103,3	106,1	109,9	108,9	107,7	115,4	115,4	115,6	115,1
Bildung, Unterhaltung, Freizeit	1985 = 100	103,8	106,1	106,1	106,5	106,8	107,9	108,5	108,9	109,3
Persönliche Ausstattung, Sonstiges	1985 = 100	113,1	115,3	114,8	114,9	115,2	119,2	119,2	119,5	120,0

1) Gebietsstand 2. Oktober 1990. – 2) Ab Monat Januar 1991 : Gebietsstand 3. Oktober 1990. – 3) Kredite und Einlagen der Deutschen Bundesbank und der Kreditinstitute. – 4) Ab Juni 1990 für das gesamte Währungsgebiet der D-Mark. – 5) Ab April 1991 = Gebietsstand 3. Oktober 1990. – 6) Nettopreisindizes (ohne Umsatzsteuer). – 7) Ohne Baunebenleistungen.



**Rheinland-pfälzischer Außenhandel ist überwiegend EG-binnenmarktorientiert**

Das rheinland-pfälzische Außenhandelsvolumen mit der EG betrug im Jahre 1990 33,7 Mrd. DM gegenüber 6,1 Mrd. DM im Jahre 1970. Der EG-Anteil des rheinland-pfälzischen Außenhandelsvolumens stieg von 54 % im Jahre 1970 auf 56 % im Jahre 1990.

Der EG-Anteil der rheinland-pfälzischen Ausfuhr expandierte von 49 % im Jahre 1970 auf 55 % im Jahre 1990. Über 56 % der gesamten rheinland-pfälzischen Warenimporte (Bundesgebiet: 52 %) stammten 1990 aus EG-Mitgliedstaaten. kl

**34 % der Umsätze des verarbeitenden Gewerbes stammen aus dem Exportgeschäft****Wiedervereinigung und Weltkonjunktur blieben nicht ohne Wirkung**

Die Auslandsumsätze der rheinland-pfälzischen Industriebetriebe betrugen im Jahre 1991 insgesamt 36,6 Mrd. DM. Gegenüber dem Vorjahr gingen sie um 2,6 % zurück. Die Exportquote, gemessen als Anteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz, belief sich auf 34 % und lag damit unter dem Vorjahreswert (37 %). Der Rückgang wurde durch den stark gestiegenen Inlandsumsatz (+ 11,8 %) verursacht, wobei sich der erhöhte Investitions- und Konsumgüterbedarf der neuen Bundesländer auswirkte. Der Konjunkturabschwung in wichtigen Industrieländern des Westens und der Devisenmangel in den sich reformierenden Staaten des Ostens erschwerten das Exportgeschäft.

Die meisten Güter (18,9 Mrd. DM) exportierte 1991 das Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe. Darunter entfielen allein auf die chemische Industrie rund 16,1 Mrd. DM. Die Exportquote dieses Wirtschaftszweiges nahm gegenüber dem Vorjahr um 2,8 Prozentpunkte ab, beträgt aber immer noch fast 54 %. Die Ursachen sind in der weltweiten Konjunkturschwäche in wichtigen Weltmärkten der Chemiebranche sowie in dem scharfen Wettbewerb zu finden, der zudem Preiserhöhungen nur bedingt zuläßt.

An zweiter Stelle steht der Investitionsgütersektor mit einer Exportquote von 32 % (Vorjahr: 36 %). Binnen Jahresfrist ging der Auslandsumsatz um 4,6 % zurück, während der Inlandsumsatz um 17 % zunahm.

Sehr gut liefen die Geschäfte in der Verbrauchsgüterindustrie, die ihren Gesamtumsatz um 12 % ausweiten konnte. Dieser Zuwachs wurde größtenteils auf dem Inlandsmarkt erzielt, wo 14 % mehr Waren und Güter abgesetzt werden konnten. Der Umsatz mit dem Aus-

land nahm lediglich um 3,3 % zu, wodurch die Exportquote von 23 auf 21 % sank.

Noch günstiger war die Entwicklung im Nahrungs- und Genußmittelgewerbe. Hier stieg die Exportquote von 11 auf 12 %. Höhere Erlöse erzielte die Branche sowohl auf dem Binnenmarkt (+ 7,2 %) als auch besonders im Ausland (+ 16 %). fu

**Beschäftigtenzuwachs im verarbeitenden Gewerbe – Konsumnahe Wirtschaftszweige bestimmten die Entwicklung –**

In den 2 661 Industriebetrieben von Unternehmen mit mehr als 20 Beschäftigten des verarbeitenden Gewerbes in Rheinland-Pfalz waren 1991 im Monatsdurchschnitt rund 393 900 Personen beschäftigt. Das sind 7 972 Personen oder 2,1 % mehr als im Vorjahr.

Zwei Fünftel dieser Zunahme entfiel auf das Verbrauchsgüter produzierende Gewerbe, dessen Beschäftigtenzahl um 3,9 % auf 88 500 stieg. Ausschlaggebend hierfür war die Kunststoffwarenherstellung. Dort wurde der Personalstand um 7,1 % bzw. 1 336 erhöht. Dagegen wurden in der Schuhindustrie 413 Personen (- 3,8 %) weniger beschäftigt.

Im Investitionsgüterbereich, dem beschäftigungsintensivsten Zweig der rheinland-pfälzischen Industrie, wurde mit 163 000 Mitarbeitern das Vorjahresniveau um 1,8 % überschritten. Während im Straßenfahrzeugbau die Zahl der Arbeitskräfte um 1,5 % zunahm, verringerte sie sich im Maschinenbau einschließlich ADV um 0,3 %.

Den prozentual stärksten Zuwachs hatte das Nahrungs- und Genußmittelgewerbe zu verzeichnen. Die Beschäftigtenzahl stieg hier um 7 % auf fast 23 000.

Einen Anstieg um 0,2 % auf 119 500 Tätige wies der Grundstoff- und Produktionsgütersektor auf. Bedingt durch die anhaltende Konjunkturschwäche auf den Weltmärkten blieb insbesondere die Beschäftigungslage in der chemischen Industrie trotz guter Inlandsnachfrage konstant. fu

**71 300 Wohngeldempfänger im Dezember 1991**

Zum Jahresende 1991 erhielten in Rheinland-Pfalz 71 273 Haushalte Wohngeld. Die Zahl der Leistungsempfänger nahm gegenüber dem Vorjahr um 7,3 % zu.

Die Wohngeldstellen bewilligten im letzten Quartal 1991 Miet- und Lastenzuschüsse mit einem Ausgabevolumen von rund 42,5 Mill. DM. Das sind 4,8 Mill. DM mehr als im Vergleichszeitraum des vergangenen Jahres. Der durchschnittliche monatliche Wohngeldanspruch erhöhte sich um 4 auf jetzt 149 DM. us



### **1991 Höchstzahl neuer Firmen**

Die seit dem Jahre 1984 geführte Statistik weist für 1991 das höchste Ergebnis neuerrichteter Firmen auf. Mit rund 21 000 Fällen lag die Zahl um 3,1 % über der des Vorjahres. In 11 530 Fällen wurde das Gewerbe vollständig abgemeldet. Dieser Wert entsprach in etwa dem von 1990 (11 430).

Alein im 4. Quartal 1991 registrierten die rheinland-pfälzischen Gewerbeämter 4 981 Neugründungen. Dieses Ergebnis liegt um 6,1 % über dem Wert des entsprechenden Vorjahreszeitraumes. Den fast 5 000 Existenzgründungen standen 3 500 Abmeldungen gegenüber. hw

### **Ferienregionen „Eifel/Ahr“ und „Mosel/Saar“ haben auf ausländische Touristen große Anziehungskraft**

Im Ferienjahr 1991 wurde in rheinland-pfälzischen Fremdenverkehrsbetrieben bei den Übernachtungen ausländischer Touristen – es waren annähernd 5 Mill. – ein Rekordergebnis erzielt. Erholungs- und Ferienheime sowie Ferienzentren schnitten besonders gut ab. Gemeinden, die als Erholungs- und Fremdenverkehrs-orte anerkannt sind, wurden bevorzugt.

Ausländische Gäste übernachteten am häufigsten in den Ferienregionen „Eifel/Ahr“ und „Mosel/Saar“. In der Eifel und an der Ahr dominierten niederländische und belgische Touristen. Die meisten Übernachtungen ausländischer Gäste meldeten die Landkreise Daun, Bernkastel-Wittlich und Cochem-Zell. kl

### **Campingtourismus wird immer beliebter**

Das schöne Wetter bescherte dem rheinland-pfälzischen Campingtourismus ein hervorragendes Ferienjahr 1991. Insgesamt mehr als 1 Mill. Gäste zeigten ihre Naturverbundenheit und erlebten rund 4,6 Mill. Übernachtungen im Zelt oder Wohnwagen. Besonders beliebt waren die landschaftlich reizvollen Kreise Westerwald, Bitburg-Prüm, Ahrweiler und Trier-Saarburg. kl

### **Mehr Neuzulassungen als je zuvor**

Im Jahre 1991 wurden in Rheinland-Pfalz fast 207 000 fabrikneue Kraftfahrzeuge zum Verkehr zugelassen, soviel wie in keinem Jahr zuvor. Die Steigerung betrug gegenüber dem Vorjahr 13 %.

Auf Personenkraftwagen und Kombis entfielen 90 % (+ 13 %), auf Lastkraftwagen 4,6 % (+ 19 %), auf Krafträ-

der 3,8 % (+ 16 %), auf Zugmaschinen 1,1 % (– 6 %) und auf die übrigen Fahrzeuge 0,9 % (+ 18 %) der Zulassungen von Neuwagen.

Der starke Anstieg in den ersten sieben Monaten 1991 (bis zu diesem Zeitpunkt waren bereits 72 % der Neuwagen zugelassen) dürfte in der Hauptsache auf den Wegfall der Steuerbefreiung für schadstoffarme Fahrzeuge ab August zurückzuführen sein. schm

### **Hubraumstärkere Autos mehr gefragt**

Anfang 1992 waren in Rheinland-Pfalz 2 294 000 Kraftfahrzeuge und 152 000 Kraftfahrzeug-Anhänger zum Verkehr zugelassen. Das sind 2,1 bzw. 5,3 % mehr als ein Jahr zuvor.

Der Personenwagen-Bestand erhöhte sich um 2,1 % auf 1 941 000 Fahrzeuge. Während in den kleineren Hubraumklassen der Bestand zurückging, stieg er in der Klasse von 1,4 bis unter 2 l Hubraum um 3,1 %, in der Klasse mit 2 l und mehr sogar um 5,1 % an.

Deutliche Zuwachsraten gab es bei Motorrädern (+ 4,9 %) und – wie bereits in den Vorjahren – bei Kombis (+ 10,2 %). gr

### **Neuerkrankungen an Tuberkulose 1991 weiterhin auf niedrigem Niveau**

Insgesamt 627 Neuerkrankungen an aktiver Tuberkulose meldeten die Gesundheitsämter des Landes im Jahre 1991. Damit halbierte sich die Fallzahl innerhalb des zurückliegenden Jahrzehnts, denn 1981 waren noch 1 268 Erkrankte registriert worden. Gegenüber den beiden Vorjahren (1990: 631; 1989: 647) blieb sie dagegen relativ konstant. Gut vier Fünftel der Neuzugänge litten an einer Tuberkulose der Atmungsorgane.

Männer erkrankten weit häufiger an Tuberkulose als Frauen; 1991 betrug der Anteil der neu erkrankten Männer 62 %. Von den gesamten Zugängen des Berichtsjahres waren 126 oder ein Fünftel Nichtdeutsche. Bezogen auf 100 000 ausländische Einwohner errechnet sich bei ihnen eine Erkrankungsziffer von 55, die Vergleichsziffer der Deutschen betrug dagegen 14. he

### **Themen des letzten Heftes**

#### **Heft 2 / Februar 1992**

Integriertes Konzept der Erwerbstätigenschätzung  
Die Bevölkerungsentwicklung der Jahre 1989 und 1990  
Die freien Berufe in der amtlichen Statistik



### Zeichenerklärungen

- |  |  |
|--|--|
| <ul style="list-style-type: none"> <li>- = nichts vorhanden</li> <li>0 = Zahl ist vorhanden, aber kleiner als die Hälfte der kleinsten in der betreffenden Tabelle gewählten Stelleneinheit</li> <li>· = kein Nachweis vorhanden / Angabe nicht möglich</li> <li>... = Angabe fällt später an</li> <li>( ) = Angabe, deren Aussagewert infolge geringer Feldbesetzung gemindert ist</li> </ul> | <ul style="list-style-type: none"> <li>D = Durchschnitt</li> <li>p = vorläufige Angabe</li> <li>r = berichtigte Angabe</li> <li>s = geschätzte Angabe</li> </ul> |
|--|--|

Bei Abgrenzung von Größenklassen wird im allgemeinen anstelle einer ausführlichen Beschreibung wie „von 50 bis unter 100“ die Kurzform „50 – 100“ verwendet. Differenzen in den Summen sind durch Runden der Zahlen bedingt.